

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Mittwoch, den 20. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Die nächste Spaltung.

SK. Die Spaltung der U. S. P. war schon längst vollzogene Tatsache; sie ist in Halle nur gewissermaßen öffentlich beglaubigt worden. Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich jetzt im glücklichen Besitz von vier radikalen Splitterparteien: U. S. P. Richtung Crispian-Ledebour, U. S. P. Richtung Däumig-Stübner-Adolf Hoffmann, R. P. D. Richtung Dr. Levi, R. P. D. Richtung Dr. Broh-Dr. Lamp. Die linksradikale Jugendbewegung hat unterdessen drei Gruppen, was ein bedauerliches Zurückbleiben hinter der Leistungsfähigkeit der erwachsenen Kurradikalen darstellt. Von der U. U. (Allgemeine Arbeiter-Union) den Syndikalisten, den individuellen Anarchisten und einigen anderen Gruppen ganz zu schweigen.

Aber dieser Spaltungsprozess kann unmöglich schon abgeschlossen sein. Es wäre ja geradezu lächerlich, wenn Ledebour und Hilferding auf die Dauer in einer Partei zusammen blieben. Ledebour ist der große Schauspieler der Revolution, dessen einziges Interesse darin besteht, sich selbst Bombenrollen auf den Leib zu schreiben. Er hat den Januar-Putsch von 1919 in erster Reihe mitgemacht, und wenn er geglaubt wäre, dann hätte Ledebour sich mit der Glorie des Veranstalters und Leiters dieser großen proletarischen Revolution umgeben und darauf geschworen, daß er den Januar-Putsch gemacht hätte, wie er bekanntlich — schlafend wie der selbige Odysseus, als er in Ithaka landete — die Revolution vom 9. November „gemacht“ hat. Hilferding aber hat diese Entfesselung des Bruderkrieges im Proletariat durch Ledebour als die Marne-Schlacht der deutschen Revolution bezeichnet, und die Gefolgschaft Hilferdings hat stets diese Januar-Erhebung als ein Wahnsinnsunternehmen als ein ungeheures Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse angesehen. Die Situation vom Januar 1919 muß sich in irgendeiner Form wiederholen. Immer wird Ledebour für ein blutiges Hazard-Spiel um die Macht zu haben sein, während Hilferding ebenso aus Klugheit wie aus Instinkt sich davon so weit wie möglich entfernt halten wird. Genau die gleichen Gegensätze bestehen zwischen Rosenfeld und Hilferding, zwischen Rosenfeld und Ledebour. Es wird schwer sein, in der neuen Rechts-U. S. P. auch nur ein halbes Duzend Führer zusammen zu finden, die über die alltägliche Demagogie hinaus gemeinsame Wege und gemeinsame Ziele haben. Der rechte Flügel der neuen Rechts-U. S. P. hat zum Ziele die Arbeiterregierung. Trotz aller Phrasen von Diktatur und Rätekerrschaft, die man praktisch nicht glauben zu können, wäre ihm doch am wohlsten, wenn er in einer gemeinsamen Regierung mit den Wehrheitssozialisten wirklichen Einfluß auf das Schicksal Deutschlands gewinnen könnte. Der linke Flügel der Rechts-U. S. P. kennt kein sehnlicheres Ziel als Gelegenheit zu finden zur möglichst großartigen Beschimpfung der Sozialdemokratie. Wieder ist ja Ledebour der Mann, der sich gerühmt hat, gelacht zu haben, als Ebert und Scheidemann nach dem 9. November die Wiederherstellung der Einigkeit des Proletariats oder mindestens eine gemeinsame proletarische Regierung vorschlugen. Und was wäre an Rosenfeld überhaupt dran, wenn man von ihm das Schimpfen auf die Sozialdemokratie abjög?

Ebenso wenig wird die Links-U. S. P. auf die Dauer zusammenbleiben können. Adolf Hoffmann z. B. will einfach Demagoge sein und sich von niemandem an Radikalismus übertreffen lassen. Aber Däumig und Richard Müller haben ihre besonderen Rätegedanken, von denen die um Hoffmann keine Bohne verstehen. Schon die Frage der Verschmelzung mit der R. P. D. muß die Gegensätze aufrollen, und vielleicht ist der Streit um die Stellung der Gewerkschaften schon in den allernächsten Wochen ein Konfliktgrund, der zu neuen Trennungen führt. Denn die R. P. will zwar die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam zertrümmern, aber sie will es nur in der Weise, daß geschlossene große Gewerkschaften wie etwa der Metallarbeiterverband sich von Amsterdam lossagen und an Moskau anschließen. Die Däumig und Richard Müller müssen aber, um mit ihrer Art der Rätepropaganda vorwärts zu kommen, die Gewerkschaften in jedem einzelnen Ort und in jedem einzelnen Bezirk zertrümmern. Bei der ersten partischen Aktion muß die linke U. S. P. sich in ihre Bestandteile auflösen.

Das einzige Beste, was es links von der Sozialdemokratie überhaupt gibt, ist das Geld und der Befehl von Moskau. Wer den Segen der Moskauer Päpste hat, hat auch den Rubel und das Gold. Vielleicht kristallisiert sich um diesen Mittelpunkt eine stärkere Gruppe, alles andere ist Nebel und Dunst wie Phrasenwolken und muß zerflattern. Die Spaltung links ist nicht beendet; sie hat erst angefangen. Bis ins Unendliche wird sich die Spalterei fortsetzen.

Einstweilen wird der Kampf zwischen rechter U. S. P. und linker U. S. P. mit den Mitteln entbrennen, zu denen die unabhängigen Demagogen ihre Anhänger im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gedreht haben. In Halle haben, wie mitgeteilt, die Neukommunisten bereits das Parteiblatt und das Parteisekretariat besetzt und die bisherigen Redakteure und Parteisekretäre hinausgeworfen. In Berlin sind sie bei einem nächtlichen Einbruch in das Zentralbureau der U. S. P. im Gebäude der „Freiheit“ einstweilen abgewiesen worden; denn die Rechts-U. S. P. Genossen stehen in starken

Scharen Tag und Nacht vor der „Freiheit“ Wache, und es wäre leicht möglich, daß sie der breiten Straße, wo die „Freiheit“-Kapitalisten sich das Gebäude der ehemaligen „Vossischen Zeitung“ gekauft haben, noch Strafe zahlen müssen für die Lügen, die sie einst über „das Blutbad am Marzall am Weihnachtstage 1918“ verbreitet haben; sie können ja von ihrem Redaktionsfenster aus den Marzall, in dem einst die Volksmarine division hauste, bequem sehen.

Die Kriegskosten des neuen Kampfes werden zunächst die Gewerkschaften tragen. Dieselben Leute, die sich maßlos empörten, wenn eine Gewerkschaft während des Krieges Kriegsanteile kaufte, haben Millionen und aber Millionen in unabhängigen Presseunternehmungen hineingesteckt; Gewerkschaftsgeld, von dem ein großer Teil nie wieder zurückzubekommen sein wird, Genossenschaftsgeld, über dessen Sicherung man sehr geteilter Meinung sein kann. Dieselben Leute, die mit vollem Recht gegen die Kirchen wettern, weil sie Geld von Juden und Heiden haben wollen, Staatsgeld, allgemeines Steuergeld, haben die Beiträge aller Mitglieder der Gewerkschaften in den brodelnden Parteikrätern der brudermörderischen radikalen Gruppen hineingeworfen. Es wird an der Zeit sein, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder sich einmal ernsthaft darum kümmern, wie die neuen unabhängigen Orts- und Zentralleitungen mit dem Gelde der Mitglieder umgegangen sind.

Links von der Sozialdemokratie stehen Splitter und wirr sich prügelnde Haufen. Das Proletariat hat wiederum zur Vertretung seiner Interessen nur eine einzige Partei, die Sozialdemokratie, die fest und einiger ist als je in dem Entschluß, praktische Arbeit für das Volk zu leisten und die Demagogen zu verachten.

Deutscher Reichstag.

Eine Unmenge kleiner Anfragen erwartet den aus den Ferien heimgekommenen Reichstag, besonders die deutschnationale Fraktion ist darin sehr fruchtbar. Sie sind alle mehr oder weniger bedeutungslos und so ist die erste Sitzung in knapp zwei Stunden kurz und schmerzlos vorüber gegangen. Auch Ledebour weint nicht lange seinem abgewiesenen Antrag nach, der die Zurücknahme der Ausweisung der Bolschewistenführer Sinowjew und Solowjew verlangt. Gelächter entsteht als Ledebour gar so stolz von dem unabhängigen Antrag spricht und ihm ironisch zugerufen wird, welche unabhängige Partei? Neuerlich kennt man sie noch nicht, da die echten mit den „Agenten des Bürgertums“ noch gemischt liegen, was hoffentlich nicht von Ansehensfolgen für die Neukommunisten begleitet ist.

Dienstag, 19. Oktober 1920.

20. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Im Ministerrath: Dr. Heine, Koch, Dr. Wirth, Schäfer. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er der oberhäuptlichen Volksgenossen gedenkt und seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, daß sie weiterhin Treue bewahren werden, bis zum Entscheidungstag. (Beifall.) Der Reichstag hat mehrfach protestiert gegen die Verächtlichmachung der Volksmeinung in Cuxen und Walmstedt; er schließt sich dem Protest der Regierung an. Zu der ungeheuerlichen Zerstörung der Dieselmotoren wird der Reichstag selbst Stellung nehmen, um diesen Anschlag gegen ein arbeitendes Volk zurückzuweisen. (Lebhafte Beifall.) Zum Schluß gedenkt der Präsident des Abstimmschreibens in Rärnten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag kommt, an dem alle Deutschen einig verbrüder wieder die Hände ineinander legen können. (Lebh. Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Ledebour (Unabh.) die Aufnahme eines Antrages der Unabhängigen Fraktion (Zuruf: Welcher? Heiterkeit.) auf die Tagesordnung, in dem Einspruch erhoben wird gegen die Ausweisung der Russen Sinowjew und Solowjew. (Heiterkeit bei den bürgerl. Parteien.) Wir sind grundsätzlich gegen solche Ausweisungen, weil wir gegen die Anwendung aller terroristischen Mittel sind. (Schallende Heiterkeit.)

Da von den Deutschnationalen durch Schulz (Braunberg) Einspruch erhoben wird, kann der Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen 35 kleine Anfragen, die zum Teil schon vor mehreren Monaten gestellt worden sind.

Auf Anfrage Gruber (Soz.) auf Einstellung von Zeitfreiwilligen und Ausbilden von Mittelschülern zu militärischen Zwecken unter namhafter Befolgung erwidert ein Vertreter der Heeresverwaltung, daß die Zeitfreiwilligen nicht vorhanden seien. Gegen die Verbelegung der Maul- und Klauenseuche, Anfrage Hepp (DN.), sind polizeiliche Anordnungen erlassen.

Der Anlauf von Kartoffeln zu Brennereizwecken, Anfrage Frau Müller-Hannover, ist verboten.

Die Einfuhr ausländischer Filmerzzeugnisse, Anfrage Mumm (DN.), muß in beschränktem Umfang gestattet werden, damit auch deutsche Filmerzzeugnisse ins Ausland kommen.

Die deutschnationale Anfrage, ob die Reichsregierung gemißt ist, gegen die Bestätigung des Nichtschmannes zum Berliner Stadtschulrat Einspruch zu erheben, wird vom Vertreter der Reichsregierung als momentan gegenstandslos bezeichnet, da die Wahl noch nicht bekräftigt sei.

Der Antrag auf Aufhebung des Verfahrens gegen den Abg. Karsten (US) wird der Geschäftsordnungscommission überwiesen.

Die Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalflucht wird abgelehnt und auf die morgige Tagesordnung verwiesen.

Der auf die Tagesordnung gesetzte Entwurf über die Verlängerung der Fortbeschäftigung der Schwerbeschädigten wird auf Antrag Mumm (DN.) auch in zweiter und dritter Lesung erledigt. Der Gesetzentwurf wird ohne Auspruch angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr: Antrag Ledebour gegen die Ausweisung der Bolschewistenführer. Erste Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalflucht. Schluß 5 Uhr.

Der Ententemilitarismus am Rhein.

In den letzten Wochen war die Presse bis zum Ueberdruß voll über die Frage, ob die Genfer Konferenz stattfinden soll oder nicht und ob Deutschland bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachung mitreden darf. In der Hauptsache war es Streit um Worte, den die chauvinistischen Blätter besonders breitgetreten haben. Nun heißt es, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen, belgischen und französischen Regierung bezüglich der Vorberberatung von Sachverständigen über die Wiedergutmachungen und bezüglich der größeren Konferenz, die darauf folgen soll, so gut wie ausgeglichen seien. Deutschland wird auf beiden Konferenzen vertreten sein.

Das ist schließlich die Hauptsache, auf die es ankommt. Es spielen sich aber noch viel wichtigere Dinge ab, als der oberflächliche Leser dieser Nachrichten ahnt. Auf sie muß mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden. So schreibt unser Parteiblatt in Rotterdam, der „Boorwaarts“, anlässlich des englisch-französischen Hin und Her um die Genfer Konferenz, für jene, welche gegenüber den angeblischen Segnungen eines Entente-Sieges skeptisch gestimmt gewesen seien, für die Gegenwart die Beschlüsse aufeinander, daß ihre Einsicht die richtige gewesen sei.

Das Amsterdamer „Het Volk“ bemerkt anlässlich der Meldungen über französisch-belgische militärische Vorbereitungen am Rhein, von größerer Wichtigkeit als der Streit um die sozialistische Internationale sei die Aufgabe des deutschen, englischen, französischen und belgischen Proletariats, sich zu einer gemeinsamen Aktion gegen die neuen Gefahren zu vereinigen, welche die Vorbereitungen des Ententemilitarismus am Rhein in sich bergen.

Aus dem Lager der Parteizeripsplitterer.

Der kommunistische Flügel der Unabhängigen in Hannover setzte sich mit Gewalt in den Besitz der Genossenschaftsdruckerei Volksrecht und verhinderte die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung, die einen Aufruf Crispians und organisatorische Mitteilungen der provisorischen Leitung der gemäßigten Richtung enthielt.

Nach einer Meldung der „Freiheit“ ist das unabhängige Parteibureau in Neukölln am Dienstag früh von 40 Mann feindlicher Truppen, also von Neukommunisten, erobert worden. Ein Teil der Truppen (dieser Ausdruck wird von der „Freiheit“ gebraucht) entfernte sich nach einiger Zeit. Etwa 20 Mann blieben aber als Besatzung des Bureaus und der Zugänge des Hauses zurück. Auch aus mehreren anderen Städten des Reiches werden erfolgreiche kommunistische Angriffe auf Parteibureaus und Parteikassen der U. S. P. gemeldet.

Einen niedlichen Witz leistet sich das Erfurter Blatt der Neukommunisten, die „Tribüne“. Dieses Blatt, das seit Jahr und Tag die formale Demokratie verwirft und verhöhnt und täglich die Diktatur des Proletariats fordert, beschwert sich darüber, daß die Minderheit des Hallenser Parteitages sich der Demokratie nicht gefügt habe. Die geistige Verwirrung dieser Leute ist beispiellos.

Nach dem Hinauswurf Paul Hennings aus der politischen Redaktion des „Volksblatt“ in Halle ist, wie berichtet, Dr. Wistor Stern dort eingezogen. Die „Freiheit“ sagt ihm nach, daß er während einer kurzen Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung einen großen Mangel an Verantwortlichkeitsempfinden an den Tag gelegt habe. Bis zum Kapp-Putsch leitete er das unabhängige Blatt in Essen, konnte aber später nicht dahin zurückkehren, weil seine Haltung während der Kämpfe größte Erbitterung hervorgerufen hatte. Als alle einsichtsvollen Genossen sahen, daß ein weiterer Kampf gegen die Uebermacht der Reichsmehr ausichtslos war, habe Stern die Parole ausgegeben: „Es gibt kein Zurück! Kampf bis zum letzten Blutstropfen!“ Es dann aber die Reichswehr anrückte, zog er sich auf eine rückwärtige Stellung zurück und überließ die praktische Betätigung dieser Parole den andern.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stuttgart: Die Unabhängigen teilen den Austritt der seitherigen Mitglieder aus der Landtagsfraktion mit. Damit ist die Spaltung der Partei auch in der württembergischen Volksvertretung vollzogen.

Zur Fraktion Eichhorn gehören die folgenden 22 Neukommunisten: Barth, Berthel, Braf, Däumig, Dümel, Eckardt, Eichhorn, Fries, Geyer sen., Geyer jun., Herzfeld, Hoffmann, Höllein, Könen, Malzahn, Pleitner, Reich, Remmel, Sieder, Teuber, Wendelin, Thomas, Frau Wadwig.

Die U. S. P. (Sozialistische Proletarier-Jugend) hat sich nach dem Vorbild der U. S. P. gespalten. Ursprünglich

Hatten die Parteiführer gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung die F. S. J. gegründet (Freie Sozialistische Jugend). Die F. S. J. ging schon vor einem Jahre ins kommunistische Lager über und nannte sich später K. J. (Kommunistische Jugend). Die ausgesprochenen Unabhängigen gründeten die S. P. J., und diese S. P. J. hat sich nun auch gespalten in den rechten und den linken Flügel. Wie die „Freiheit“ mitteilt, wirt man sich gegenseitig nicht nur Prinzipienverrat und Verräterei, sondern auch falsche Buchführung und Unterschlagung vor. Es muß eine Lust sein, in einer der Gruppen links von der Sozialdemokratie zu leben und zu wirken. — Traurig ist es aber auf alle Fälle.

Das Schicksal Danzigs.

Am Danzig, 20. Oktober. Die Spannung in Danzig über die sich in Paris vorbereitenden Ereignisse ist in den letzten Stunden außerordentlich gewachsen, zumal die Lösung der Danziger Frage bevorsteht. Aus dem französischen und englischen Konventionstexten gibt der „East Express“ folgende Hauptpunkte wieder: Die Föhrung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig ist in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages enthalten und Polen zugehört. Danzig erhält aber das Recht, seine eigenen Angelegenheiten zu führen. Außerdem bestimmt der Entwurf, daß in Danzig die Hafenerwaltung zu belassen ist und dieser nicht nur der Hafen mit seinen gesamten Anlagen, sondern auch die Eisenbahnen untersteht. Die Danziger Hafenerwaltung erhält den gesamten ehemaligen Besitz des Deutschen Reiches und des preussischen Staates auf dem Territorium der freien Stadt. Die Stadtverwaltung wird in den Händen der freistaatlichen Behörden belassen.

Hoch die Schieberfreiheit.

Aus einer Statistik der Dresdener Postüberwachungsstelle gegen Kapitalverschleppungen geht hervor, daß der Steuerbehörde folgende Werte verschleppt worden waren: An Vermögen im Ausland 1 Milliarde Kronen, 20 Millionen Mark und 156 162 verschiedene Aktien, ferner an Vermögen im Inland 8 Millionen Kronen, 39 Millionen Mark und 5717 verschiedene Aktien. Ferner sind im gleichen Zeitraum von der Dresdener Überwachungsstelle Meldungen über Kapital- und Steuerhuch in Höhe von 51 Millionen Kronen, 21 Millionen Mark und 5378 verschiedene Aktien sowie über 547 Warenschleppungen nach dem Ausland erstattet worden. In weiteren 48 Fällen sind dem Reichsfinanzministerium die Namen von Besitzern ausländischer Wertpapiere mitgeteilt worden. Die Postüberwachungsstellen waren zur Bekämpfung des Schiebertums unter der sozialdemokratischen Regierung eingerichtet worden. Die bürgerlichen „Wiederaufbau“-Parteien, welche in der Wahlzeit versprochen, sie würden dem Schiebertum ein Ende machen, hatten nichts Eiligeres zu tun, als die Postüberwachungsstellen aufzuheben. Wenn sie auch nicht die Freiheit des Handels völlig durchzuführen konnten, so geben sie sich doch alle Mühe, wenigstens völlige Wucher- und Schieberfreiheit herzustellen. Die Postüberwachungsstellen standen dieser Freiheit, wie das Dresdener Beispiel zeigt, ganz effig im Weg, und darum mußten sie verschwinden. Wirklich, die Schieber aller Art haben Grund genug, die jetzige Regierung als ihre Regierung zu betrachten.

Sinowjew und Cosowski.

Die beiden Sowjetvertreter Sinowjew und Cosowski haben gegen den Beschluß der Reichsregierung auf sofortige Ausweisung Einspruch erhoben und den Antrag gestellt, bis zum Abgang des nächsten Dampfers, am 23. d. M., in Deutschland bleiben zu können. Den Russen ist diese beschränkte Aufenthaltverlängerung zugesprochen worden. Sie stehen bis dahin unter polizeilicher Aufsicht, irgendeine öffentliche Betätigung ist ihnen untersagt. Am 22. d. M. werden beide durch Beamte nach Stettin zur Einschiffung gebracht. — Sinowjew hat mit seiner Beschwerde den „Bourgeois“ Rosenfeld beauftragt. Die „Freiheit“ wendet sich scharf gegen den Ausweisungsbefehl, behauptet, daß die Russen konterrevolutionär wirken und sagt zum Schluß: Sinowjew war in Deutschland das Spielzeug von Stinnes. In seiner Wirkung hat er hier als „Agent der Bourgeoisie“ gearbeitet. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Die Bremer „Arbeiterzeitung“ schreibt: „Sinowjew hat es auf dem Parteitag in Halle für notwendig gehalten, zur Anpreisung der 3. Internationale die deutschen freien Gewerkschaften in der gemeinsten, schmutzigsten Weise zu beschimpfen und zu beschuldern. U. a. bezeichnete Sinowjew die Gewerkschaften für reaktionärer als die Orgel!“ Die Vertrauensleute der U. S. P. im Metallarbeiter-Verband Bremen erklären, daß sie durch diese Anwürfe des Verbündeten von Enver Pascha, dem Armenierschlächter und Intimus Wilhelm des Zweiten, nicht getroffen werden können. Sie protestieren energisch gegen diese Beschimpfungen und weisen es weit von sich, mit derartigen Elementen in eine internationale Kampf-gemeinschaft zu treten.“

Frankreichs Hilfe für Wrangel.

Ein französisches Bankkonsortium hat mit Genehmigung und unter Bürgschaft der französischen Regierung eine Anleihe für Wrangel in Höhe von 100 Millionen Franc übernommen. Was nun die französischen Sozialisten, die doch so glühende Verehrer des Bolschewismus sind, um zu verhindern, daß die Kommandeure mit Hilfe der französischen Regierung und Kapitalisten besetzt wird? Ihre platonischen Liebeserklärungen werden der Sowjetrepublik nicht das geringste nützen, wenn der mit französischem Geld ausgestattete Kojalengeneral zu neuen Schlägen ausheilt.

Der Riesenstreik in England.

Der Zustand in den Minendistrikten von England, Schottland und Wales konnte der verschiedensten, gewiegte Staatsmann Lloyd George nicht verhindern. Ursprünglich hatten die Bergarbeiter als „unabweisbare Forderungen“ eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling und eine Herabsetzung der Inland-Lohnspreise verlangt. Die zweite Forderung haben sie fallen gelassen. Und über die erste Forderung ist jetzt der Konflikt ausgebrochen. Die Bergarbeiter verlangen eine Erhöhung des Tageslohnes von 2 Schilling für Arbeiter über 18 Jahre, 1 Schilling für Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren und 9 Pence für Arbeiter unter 16 Jahren. Die Bergarbeiter begründeten ihre Forderungen damit, daß die Preise der Lebensmittel um 151 Proz. erhöht wurden und die Löhne der Bergarbeiter erst um 137 Proz.

Der Streik ist allgemein. Mit Ausnahme der alternativen Arbeitern zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig. Berichte von verschiedenen Seiten zeigen, daß sich die Bergarbeiter auf lange Ferkeln vorbereiten. Sie organisieren Pferdebund und Hunderennen sowie andere öffentliche Veranstaltungen. An der Börse stehen die Geschäfte still. Heizungs- und Beleuchtungsmaterial sind rationiert. Im Falle einer längeren Streikdauer scheint es wahrscheinlich, daß die Eisenbahner sich dem Aufreiß der Arbeiter anschließen werden. Die Wirkung des Bergarbeiterausstandes auf andere Industrien macht sich bereits geltend, und wenn der Streik andauert, so werden in ganz England große Fabriktriebe geschlossen werden müssen. Die Regierungsmaßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung umfassen auch eine Verfügung, die die Erhöhung der gegenwärtigen Preise untersagt.

Der Präsident der Transportarbeitergesellschaften, Gosling, hat sich entschieden gegen eine Vermittlung im Streik der Bergarbeiter ausgesprochen. Die Haltung der Regierung deutet in keiner Weise darauf hin, daß sie die Absicht hat, neue Vorschläge zu unterbreiten. Zahlreiche Hochöfen mußten gelöscht werden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Theater und Kinos geschlossen werden. Der Personenverkehr wird, wenn der Streik fortbauert, vom nächsten Montag ab um 10 vom Hundert eingeschränkt werden. Handel Wilton, Präsident der Seemanns-Union, erklärte, daß wegen des Kohlenstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien. In sieben von den acht großen Verwaltungen der Eisenbahner in Südwales erklärte man sich energisch für einen sofortigen Sympathiestreik, ebenso die Eisenbahner von Liverpool.

Bei Arbeitslosendemonstrationen in London kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. 20 000 Personen zogen vor das Rathaus, worauf sich sieben Bürgermeister von Groß-London zu Lloyd George begaben, um in der Arbeitslosenfrage vorstellig zu werden. Lloyd George versprach, bei der Parlamentseröffnung am Dienstag eine Erklärung darüber abzugeben. In der Downing Street kam es zu einem Bombardement mit Steinen, auch in White Hall ist es zwischen Polizei und Demonstranten zu Zusammenstößen gekommen. Im Kriegsministerium wurden viele Fenster eingeworfen. Im Strand-Hotel wurden zwei Juwelierläden eingeschlagen und Kostbarkeiten im Werte von einigen tausend Pfund gestohlen. Die Polizei übernahm darauf schleunigst den Schutz der anderen Läden der Gegend. Etwa 50 Personen wurden bei den Zusammenstößen verwundet, 10 mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die große politische Aussprache, die am Mittwoch nächster Woche im Reichstag beginnen wird, sind von unserer Fraktion die Genossen Scheidemann und Hermann Müller als Redner bestimmt worden. — Am Freitag wird eine Interpellation Korell über die Befehlstruppen im Rheinland, über die Tätigkeit des Reichskommissars und über die separatischen Bestrebungen zur Verhandlung kommen. Für unsere Fraktion spricht der Genosse Sollmann-Köln. Ueber die Besprechung der Reichstagsfraktionsführer beim Reichskanzler wird gemeldet: Bei der Festlegung der Arbeitsprogramms wurde u. a. auch über die Neuwahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen gesprochen. Der preussische Minister des Innern hat die Angelegenheit als eine rein preussische bezeichnet. Der Reichsminister des Innern Koch gab als Ergebnis einer Rücksprache, die er mit Severing hatte, bekannt, daß dieser die Neuwahlen in Preußen frühestens Ende Februar für möglich halte.

Volkstentseid über Enteignung.

In der „Breslauer Volkswacht“ bespricht Genosse Paul Löbe das Ergebnis des Kaiserparteitages. Er hebt die Einmütigkeit der Parteigenossenschaft hervor, die sich besonders in der Billigung der Haltung der Fraktion in der Frage des Wiedereintritts in die Regierung gezeigt habe, wodurch der Beweis geführt sei, daß von Futterkrüppelschnulch in der Partei nichts zu spüren ist. Löbe schreibt: „Je länger die sozialistischen, rein bürgerliche Koalition ihre Räte- und Hilfslosigkeit beweist, um so bereitwilliger wird man später unseren Forderungen zustimmen müssen. Hoffentlich dauert es nicht so lange, bis unser Wirtschaftsleben ganz und gar ruiniert ist. Aber das Finanz-, Wohn- und Arbeitsloseneind löndigt uns an, daß unser Land den Schnedengang der „Reformen“ nicht mehr lange verträgt, der sich jetzt vor unseren Augen abspielt.“ Löbe hätte gewünscht, daß noch deutlicher, als es geschehen ist, große Richtlinien für Sozialisierungs-ausgaben und Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit auf dem Parteitage erkennbar geworden wären. Er gibt aber dem Genossen Adoff Braun recht, wenn er ausführt: unser Wirtschaftsleben gleiche zurzeit flüchtigem Quecksilber, so daß der Versuch, es in feste, geordnete Formen zu fassen, schwierig sei. Löbe meint aber, das könne freilich nicht hindern, daß unsere Partei zu praktischen Versuchen die Sozialisierung voranzustreben müsse, und der Antrag, die Enteignung der Bodenschätze durch den Volkstentseid zu erzwingen, wird den ersten praktischen Versuch der Neuordnung schaffen.

Amerikanische Hilfe bei der Bekämpfung des Kartoffelwuchters.

Der Berliner „Lokal-anzeiger“ meldet: Nachdem alle behördlichen Drohungen gegenüber den Kartoffelwuchtern verfallen haben, hat nunmehr auf Verreiben der Vönderacher Gewerkschaften die amerikanische Behörde neun Waggon Kartoffeln, die verschoben werden sollten, beschlagnahmt. Die Kartoffeln werden der deutschen Bevölkerung mit 26 Mk. pro Zentner zur Verfügung gestellt.

Verbilligte Textil- und Schuhwaren für die Bergarbeiter.

Der Berliner 18. Oktober. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Infolge des Ueberflüssigkeitsabkommens erhalten die Ueberflüssigen verfahrenen Bergleute des Ruhrreviers verbilligte Textil- und Schuhwaren. Das Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium gab in den letzten Wochen für insgesamt 63,13 Millionen Mark Schuhwaren und Textilien in Auftrag, davon 17,63 Millionen Textilien an die sachliche Industrie, die damit den größten Anteil erhielt. Bei der guten Entwicklung des Ueberflüssigenwesens, welche vom wirtschaftlichen Standpunkt der Bergleute zengt, bilden diese Bestellungen nur den Anfang einer größeren Aktion, die zugleich eine wirksame Unterstützung der notleidenden Textil- und Schuhwarenindustrie bedeutet. Es sind Verhandlungen im Gange, um dieser Aktion dadurch einen weiteren Rahmen zu geben, und daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu ihrer Unterstützung angewandt werden.

Schwedens Kinderhilfe in Deutschland.

Im Vorstand des schwedischen Roten Kreuzes berichtete der Vorsitzende Prinz Carl: In Deutschland soll auf Vorschlag des schwedischen Generals in Berlin, Freiherren v. Essen, das Schloß „Sonneheim“ in Thüringen gekauft und als Kinderheim eingerichtet werden. Die Kaufsumme beträgt 500 000 Mk., und für Reparaturen sind etwa 100 000 Mark erforderlich. Das Schloß eignet sich sehr gut als Pflegeanstalt für Stropfkröpfe und tuberkulöse Kinder. 30 000 Kronen sollen als Zuschüsse an gewisse deutsche Wohlfahrtsvereinigungen zwecks Einkaufs von Lebensmitteln und Unterstützung von notleidenden Kriegerfamilien und Kriegerwitwen verwendet werden.

Selbständiges Oberschlesien?

In der „Oberschlesischen Rundschau“ erklärt Reichs-Land- und Forstwirtschaftsminister v. Helldorf, daß die deutsche Regierung sich bewußt, daß der besonderen Eigenart des ober-schlesischen Landes und Volkes weit mehr, als es in der Vergangenheit geschehen ist, Rechnung getragen werden muß, und ist entschlossen, den Ansprüchen der Oberschlesier, soweit es im Rahmen der Verfassung des Deutschen Reichs möglich ist, nachzukommen. Oberschlesien wird über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden.

Die Rundgebung sagt nicht, was unter dieser „Selbständigkeit“ zu verstehen ist. Das heutige Einzelstaatsystem, das eine Fortsetzung des alten Raubstaatsystems und der Dynastiepolitik ist, wird nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten bleiben können. Die Gliederung Deutschlands nach geographischen, wirtschaftspolitischen und stammeskundigen Gesichtspunkten ist ein Ziel, dem wir zustreben. Ob es aber klug ist, einzelne Teile „selbständig“ zu machen, ohne die Neugliederung im ganzen ins Auge zu fassen, halten wir für sehr fraglich. Unsere Genossen im Reichstag werden auch in dieser Frage ein Wortlein mitreden müssen.

Eine Wohnungssteuer in Hessen.

Aus Darmstadt berichtet die Telegraphenunion: In der hier abgehaltenen Finanzkonferenz der hessischen Städte wurde die Notwendigkeit einer erheblichen Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer anerkannt. Ferner wurde grundsätzlich eine Wohnungssteuer beschlossen, die so gedacht ist, daß alle Wohnungsinhaber für jeden von ihnen bewohnten Raum, der über die Kopfzahl der Familie hinausgeht, eine nach der Zahl der überflüssigen Zimmer gerichtete Steuer zu entrichten haben. Unvermietete Zimmer sollen steuerfrei bleiben. Die hieraus erzielten Erträge sollen zur Behebung der Wohnungsnot verwendet werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die italienische Regierung hat nach dem „Secolo“ beschlossen, 65 verhaftete Anarchisten und Bolschewisten auszuweisen. Der Dienstagstag des Reichstages wohnte auch der frühere Finanzminister Erberger wieder bei. Die Ergebnisse der deutschen Untersuchung über den Zustand im ober-schlesischen Abstammungsgebiet im August und September 1920 sind in einer vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Denkschrift mit Anlagen dem Reichstag übermittelt worden. Nach der Denkschrift steht es außer Zweifel, daß der Augustaufstand auf die in Oberschlesien bestehenden politischen Kampforganisationen sich aufbaute und mit ihrer Hilfe durchgeführt wurde. Der belgische Gewerkschaftsaktionär sprach sich einstimmig zugunsten der etappenweisen Verstaatlichung der Industrie aus. Als erste zu verstaatlichende Zweige werden genannt: die Eisenbahnen, das Seetransportwesen, die Kohlenminen, die Versicherungen, die Kreditinstitute, die Banken, das Beleuchtungs- und die Kraftwerke. Reuters meldet aus Washington, daß die Einladungs des Völkerbundes an die amerikanische Regierung. Im Ausschuss zur Lösung der Frage der Anlandsinseln einen Sitz anzunehmen, von der amerikanischen Regierung angenommen wurde. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, ließ die Botchafterkonferenz die Regierung in Wien wissen, daß die alliierten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung in Kärnten respektieren werden. Die Großmächte rechneten aber andererseits darauf, daß Oesterreich die Verträge von Versailles und St. Germain nicht verließen werde, die den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerbundes verbieten. Der Kompensationsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurde dieser Tage unterzeichnet. Durch die Unterzeichnung des Vertrages bezeugen die beiden Staaten, daß sie nicht nur durch die festen Bande einer übereinstimmenden Politik, sondern auch durch gleiche wirtschaftliche Richtlinien gegenseitig verbunden sein wollen.

Oesterreich.

Das neue Parlament.

Der neu gewählte Nationalrat setzt sich einschließlich der bisherigen Räte Mandate aus folgenden Mitgliedern zusammen: 78 Christlich-Soziale, 72 Sozialdemokraten, 16 Großdeutsche, 3 Mitglieder der Bauernpartei, 1 Mitglied der bürgerlichen Arbeiterpartei. Zu diesen Mandaten kommen noch 15 Mandate, welche auf Grund der Reststimmen unter den in Betracht kommenden Parteien aufgeteilt werden. Die Sozialdemokraten verlieren 7, die Großdeutschen 8, darunter 3 an die von ihnen abgelöscherte Bauernpartei, die Südböhmischen Nationalen und die Tschechoslowaken verlieren je 1 Mandat, die Christlich-Sozialen gewinnen 14 Mandate.

Genau wie bei uns.

Dem Vorwärts wird aus Wien berichtet: Die Christlich-Sozialen geben sich bereits alle Mühe, um die Sozialdemokraten zum Verbleiben in der Regierung zu bewegen. Die „Reichspost“ schreibt gestern, daß die Sozialdemokraten als zweitstärkste Fraktion sich dieser Aufgabe nicht würde entziehen können, und heute sagt sie in vollem Gegensatz zu der Wahlpropaganda ihrer Partei, man könne doch nicht die Sozialdemokraten für das Elend verantwortlich machen; jedermann wisse doch, wie schwer die Ernährungs- und Finanzlage sei. Aber vor der Wahl lag man das Blaue vom Himmel herunter und verläumdete die Sozialdemokraten nach Noten.

Tschechien.

Die russische Gewerkschaftsdelegation in Prag.

In Prag hat die Polizeidirektion die dort eingetroffene russische Gewerkschaftsdelegation verpflichtet, alle öffentlichen Kundgebungen in Versammlungen oder durch Veröffentlichungen zu vermeiden, keine Interviews zu gewähren und nur in den Fachorganisationen vor höchstens 10 Teilnehmern zu sprechen.

Teuerungstrawalle in Prag.

Die Telegraphen-Union meldet: Eine sozialdemokratische Deputation, welche beim Präsidenten der Nationalversammlung um Verbilligung des Zuckers vorstellig wurde, ist abschlägig beschieden worden. Der Präsident teilte mit, daß diesbezügliche Wünsche jetzt nicht erfüllt werden könnten, worauf eine erregte Volksmenge eine Demonstration veranstaltete. Der größte Trupp der Teilnehmer begab sich vor das Repräsentationshaus; ferner drangen Demonstranten in den Hof

der agrarischen Zeitung „Venlow“ ein, wo sie laute Drohungen gegen die Agrarier ausstießen. Auf dem Wenzelplatz kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei die Menge die Wache mit Steinen bewarf. Gegen Abend trat allmählich Ruhe ein. Es wurden neun Personen verhaftet.

Rußland.

Stieg auf beiden Seiten.

Nach Meldungen aus Sebastopol haben die letzten Erfolge Wrangels unter den Bolschewisten große Verwirrung angerichtet. Sie haben so wenig den Fall von Alexandrowsk erwartet, daß sie die Stadt nicht räumten und daß fast alle ihre Kommissare in Gefangenschaft gerieten. In der Richtung Sinelnikowo schlugen die Truppen Wrangels von neuem die roten Divisionen, bemächtigten sich zweier Panzerzüge und nahmen mehrere Geschütze sowie drei Fässer Lebensmittel. Ueber 2000 Gefangene wurden bei dieser Gelegenheit gemacht. „Vollstücken“ meldet, daß Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in den Stab des Generals Wrangel eingetreten ist. Aus Moskau wird gemeldet: Die Samojetttruppen haben einen großen Sieg über Wrangel im Raume Mikopol davongetragen. Wrangels Kavallerie ist vollständig aufgegeben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten auf voller Flucht. Die „Times“ meldet: Die Bolschewisten meiden die Wiedererinnung von Wlinsk, das von den Polen aufgegeben wurde.

Eine Rede Lenins.

Ein Radiotelegramm aus Moskau meldet, daß Lenin auf der Konferenz der Präsidenten der Sowjets, die am 15. Oktober in Moskau eröffnet wurde, eine wichtige Rede über die allgemeine Politik Rußlands gehalten habe. Er führte aus, daß angesichts der militärischen Lage der Roten Armee der Frieden mit Polen weniger vorteilhaft für Rußland sei, als wenn er vor dem Marsche auf Warschau abgeschlossen worden wäre. Unsere Sache bleibt angesichts der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt fest und unumstößlich. Als sich die Rote Armee der polnischen Grenze näherte, schlug uns Lord Curzon im Namen des Völkerbundes vor, den Krieg ein Ende zu machen. Wir haben ihm geantwortet, daß wir uns um den Völkerbund nicht kümmern. Zum Schluß sprach Lenin in längeren Ausführungen über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands, die er durch verschiedene statistische Darstellungen bekräftigte.

Die Fahnen der Republik.

Ein Funkpruch meldet: Die Moskauer Zeitungen veröffentlichten eine Verfügung des „Allrussischen Zentralvollzugskomitees“ mit der Bestätigung des sibirischen Revolutionskomitees. Es wird eine gemeinsame Handels-, Hochsee- und Kriegsschiffe errichtet. Die rote Fahne mit den goldenen Buchstaben R. S. F. S. R. (Russische sozialistische föderative Sowjet-Republik) und der Löwe im oberen Felde soll beibehalten werden. Für die Handelsflotte wird die rote Fahne mit den großen weißen Buchstaben R. S. F. S. R. in der Mitte eingeführt. Für die Hochseeflotte gilt die rote Fahne mit einem Anker und einem roten Stern in der Mitte des Ankers und den weißen Buchstaben R. S. F. S. R. in dem oberen Teile des Ankers.

Bau einer Luftflotte für Sowjetrußland?

Die Sowjetregierung bereitet nach der „Pravda“ den beschleunigten Ausbau einer starken Luftflotte vor. Die Flugzeugfabriken erhalten bei der Belieferung mit Rohstoffen eine bevorzugte Stellung.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 20. Oktober.

Verschmelzung des Arbeitersekretariats mit der Rechtsanwaltsstelle und Übernahme der Rechtsanwaltsstelle auf den Staat.

In dem Bericht vom 3. Mai 1919 hat das Wohlfahrtsamt u. a. die Verstaatlichung der Rechtsanwaltsstelle und die Eingliederung des Arbeitersekretariats in die Rechtsanwaltsstelle in Vorschlag gebracht. Der Senat hat den Vorschlägen des Amtes zugestimmt und mit Vorlage vom 2. Juni 1919 die entsprechenden Anträge dem Bürgerausschuß zur gutachtlichen Beurteilung vorgelegt. Am 26. November 1919 hat der Bürgerausschuß der Senatsvorlage die gutachtliche Befürwortung verweigert, weil er der Ansicht war, daß vor einer weiteren Entscheidung über die Frage der Eingliederung des Arbeitersekretariats in die Rechtsanwaltsstelle der Gegenstand nicht spruchreif sei. Die Angelegenheit ist daraufhin zunächst nicht weiter verfolgt worden. Erörterungen mit der Deputationskommission der Finanzbehörde über einen im Hinblick auf die Verstaatlichung dieser Stelle ins Auge zu fassen. Die daraufhin zwischen Wohlfahrtsamt und Gewerkschaftsrat geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, daß ein Arbeitersekretär von der Rechtsanwaltsstelle übernommen und dauernd neben einem Volljuristen ein Arbeitersekretär beschäftigt und auch eine Schreibkraft des Arbeitersekretariats auf die Rechtsanwaltsstelle übernommen wird. Diese Regelung geht im Gegensatz zu der früheren Vorlage, die mit 2 Volljuristen und 2 Arbeitersekretären rechnete, davon aus, daß nur ein Volljurist und nur ein Arbeitersekretär die Aufnahmestellen in der Rechtsanwaltsstelle besorgen. Solche Regelung ist keineswegs besonders befriedigend und wird sich voraussichtlich auch nur als notdürftig ausreichend erweisen; die bringen gebotene Sparmaßnahme ist aber dazu geführt, diese für den Kostenbedarf wesentlich ins Gewicht fallende Einschränkung zu veruchen. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft: 1. daß die Rechtsanwaltsstelle mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab auf den Staat übernommen und daß dem Wohlfahrtsamt zur Deckung der damit verbundenen Kosten für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1921 der Betrag von 48 875 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Abschnitt XIX des laufenden Haushaltsplans zur Verfügung gestellt werde; 2. daß dem Verein „Öffentliche Rechtsanwaltsstelle“ aus dem ihm durch den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 und durch den Rat und Bürgerausschuß vom 2. Juni 1920 bewilligten, aber nur zur Hälfte aufgebrauchten Mitteln von 20 232 Mk. und 8090 Mk. ein zur Inhabung der Gehälter seiner Angestellten an die staatlichen Gehaltsliste bis zum 30. September 1920 aufgewandeter Betrag von 8609,60 Mk., Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt werde.

Die Vorschriften über Brotherstellung.

Durch eine neue Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Bereitung von Backwaren sind die Vorschriften aus den ersten Kriegsjahren über die Brotherstellung den heutigen Verhältnissen angepaßt worden. Mochte früher die Verwendung von Weizenmehl bei der Brotherstellung stark beschränkt werden, so wird jetzt aus dem Auslandsgetreide, das in der Hauptsache aus Weizen besteht, mehr Weizenmehl für das Brot verarbeitbar sein. In Verbindung damit ist die Verwendung von Streckungsmitteln geregelt und im Hinblick auf

den größeren Weizenmehlgehalt durch die am 16. Oktober erlassene niedrigerer Ausmahlung eine mögliche allgemeine Streckung des Brotes zur Erspargung von Auslandsgetreide, dessen Einfuhr Deutschland Milliarden kostet, vorgelesen. Die neue Verordnung ordnet nämlich eine Streckung in Höhe von 10 Prozent an, den Landesbehörden ist darüber hinaus die Möglichkeit gegeben, die Verwendung von mehr als 10 Gewichtsteilen Streckungsmittel im Falle einer besonderen Notlage vorzuschreiben, bei Verwendung von mehr als 20 Gewichtsteilen Streckungsmittel bedarf es jedoch der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft. Als Streckungsmittel, mit deren Hilfe einwandfreies Gebäck hergestellt werden kann, kommen niedrig ausgebleichtes Malzmehl, ein gering ausgebleichtes und daher speisefreies, durch besondere Verarbeitung entöltetes Safermehl und in geringem Umfange etwa Weizenmehl in Betracht. Geeignete Streckungsmittel sind auch Frischkartoffeln und Kartoffelerzeugnisse. Da zurzeit jedoch noch nicht feststeht, ob und in welchem Umfange sie für die Streckung zur Verfügung stehen, ist eine Zulassung ihrer Verwendung als Streckungsmittel und die Festsetzung der Höhe der Gewichtsteile, in der ihre Verwendung statfinden kann, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorbehalten worden. Er kann im Wege der Ausnahmegenehmigung die Verwendung auch anderer als der vorstehend genannten Streckungsmittel zulassen.

Wir werden in bald erfahren, wie diese Streckungsmittel beschaffen sind, die bei der Brotherstellung verwendet werden. Ein geradezu laumähtiges Produkt hat man uns bisher als Brot verkauft. Und wir mußten dieses Zeug genießen, weil wir gutes Brot und Mehl nur im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu haben war. Besseres Brot hätte allen Kreisen der Bevölkerung geliefert werden können, wenn nicht gewissenlose Erzeuger ungeheure Mengen guten Weizenmehls der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und dem Schleichhandel zugeführt hätten. Solange nicht gegen die Agrarier mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen vorgegangen wird, werden diese nach wie vor sich ihrer Ablieferungspflicht entziehen und Agrarier und Schieber werden glänzende Gewinne auf Kosten der Volksgesundheit machen.

Preisabbau.

Die vom Volksetamt eingesetzte Preisfestsetzungskommission und der Ausschuß des Verbandes Lübeckischer Kleinhandels-Bereine haben eine Besprechung über die Möglichkeit eines weiteren Preisabbaus gehabt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß ein weiterer Preisabbau beim Kleinhandel nicht möglich sei. Der Kleinhandel ist das letzte Glied in der Kette, die die Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher durchzumachen hat. Ein weiterer Preisabbau ist nur möglich, wenn bereits beim Erzeuger die Kontrolle der Preise einsetzt. Daß eine Einschränkung des Verdienstes der Erzeuger möglich sein muß, zeigen die durchweg geradezu ungeheuer hohen Dividenden, die einzelne Aktiengesellschaften im letzten Jahre haben verlieren können. So haben beispielsweise in der Textilbranche folgende Dividenden verteilt werden können:

Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei	62 %
Baumwoll-Spinnerei Mittweida	85 %
Webburger Wollindustrie	25 %
Kremer Wollkammerei	20 %
Rheinische Wollstoffweberei	20 %
Aktienspinnerei Aachen	32 %
Gladbacher Wollindustrie	30 %
Wollwarenmanufaktur Grünberg	30 %
Ante-Spinnerei-Weberei Meissen	41 %
Sächsischer Nähfabrik	34 %

In anderen Branchen ist es ebenso. Für den Kleinhandel Lübecks hat sich der Verband Lübeckischer Kleinhandels-Bereine verpflichtet, dafür zu sorgen, daß seine Mitglieder alle Waren möglichst scharf, kalkulierend und so billig wie möglich zum Verkauf bringen. Sollte ein Fall zur Kenntnis der Preisfestsetzungskommission oder des Verbandes Lübeckischer Kleinhandels-Bereine kommen, in denen Kleinhandler unangemessene Preise aufschläge genommen haben, so wird unmissichtlich eingeschritten werden.

Die Preisfestsetzungskommission und der Verband Lübeckischer Kleinhandels-Bereine haben in einer gemeinsamen Einabe an das Reichswirtschaftsministerium und an den Reichswirtschaftsrat darauf hingewiesen, daß der Preisabbau beim Erzeuger zu erwarten habe und haben geeignete Schritte empfohlen. Der Vorsitzende des Verbandes Lübeckischer Kleinhandels-Bereine, Herr Hermann Behn, der Mitglied des Reichswirtschaftsrates ist, wird sich der Eingabe annehmen.

Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion hält Freitagabend 7 Uhr im Rathaus eine Sitzung ab. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Aduna, Jungsozialisten! Donnerstagabend 1/8 Uhr: Vortrag über „Partei und Jungsozialisten“ im Gewerkschaftshaus.

Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahlen. Die Dienstadtatsfundene Wahl der Richter aus den Reihen der Handlungsgewählten hat folgendes Ergebnis:

Wahlbezirk	Liste 1 (GDA)	Liste 2 (ZV)	Liste 3 (DHW)
I	169	77	147
II	89	40	85
III	228	114	142
IV	44	10	15

Insgesamt 505 241 889
Insgesamt sind 1135 gültige Stimmzettel abgegeben worden. Demnach erhält Liste 1 fünf, Liste 2 drei und Liste 3 vier Sitze.

Die Jahresversammlung des Verbandes der Landesversicherungsanstalten in Lübeck bestand am Mittwoch eine Verbesse- rung der Heilverfahren für Geschlechtskranke. Weiter wurden „Richtlinien“ angenommen für die Heilfürsorge für geisteskränkelnde kriegsbeschädigte Mannschaften. Das Verhältnis der Betriehsrate und Schlichtungsausschüsse zu den Verwaltungsorganen der Landesversicherungsanstalten wurde besprochen und hierbei eine gesetzliche Klarstellung gefordert. Für die Vergütung für Einreichung der Invalidenversicherungsbeiträge durch die Krankenkassen wird eine einheitliche Regelung getroffen. Im weiteren wird über das neue Heilmittelneste gesprochen, das gefördert werden soll. Eine lange Aussprache ergab sich über einen Antrag, dem „ständigen Ausschuß“ des Verbandes, der die Rolle des Verbandsvorstandes bezieht, durch Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten zu ergänzen. Es fanden sich einige Redner, die sich gegen eine solche Erweiterung aussprachen. Im Jahre des Heils 1920! Man sollte so etwas nicht für möglich halten. Es ist hier wirklich nötig, daß eine gründliche Demokratisierung der Invalidenversicherung vorgenommen wird. Es wird schließlich beschlossen, je einen Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten zu wählen. Es wird entgegen dem Vorschlage der Versicherten als Vertreter dieser ein gewählter Gewerkschaftssekretär gewählt, da die Versicherten selbst kein Wahlrecht haben, und nur die „Beamten“ Vorstandsmitglieder abstimmen.

Eine Arbeitslosen demonstration fand heute vormittag anlässlich einer Versammlung im Gewerkschaftshaus statt. Gegen 800 Personen zogen vom Gewerkschaftshaus zum Rathaus, wo eine Deputation ihre Wünsche dem Polizeiherrn unterbreitete.

Hedermans. Am Donnerstag findet eine Extravorstellung zugunsten der Veteranen statt. (Siehe Inserat).

Ertrunken. Am Sonntag morgen sprang ein hiesiger Lehrer von der Herrenbrücke in die Erade und ertrank. Die Leiche konnte am anderen Tage von Fischern geborgen werden. Der Leichnam wurde infolge eines früher erlittenen Herzleidens seit längerer Zeit schwermütig gewesen sein.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Kexlin, das seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft stecderieftlich verfolgt wurde. Der Festgenommene konnte ferner nachgewiesen werden, daß sie in jüngster Zeit hier einen erneuten Diebstahl ausgeführt hatte, bei der ihr das Kleid einer Arbeiterin in die Hände gefallen war.

Diebstahl. Aus einem Goldmangengeschäft sind in der Nacht zum 18. ds. Mts. drei silberne Schlüssel, drei silberne Teelöffel und drei Paar Damenstiefel mittels Einbruchs und aus einem Hause in der Königstraße sind sechs weiße Kinderbettbezüge, fünf Kinderbetttücher und fünf gestrickte wollene Decken, sowie Kinderstücher und Lächgen gestohlen worden.

Fahrrad Diebstahl. Am 18. ds. Mts. wurde einem in der Dornestrasse wohnhaften Schlichter ein Fahrrad, Marke Victoria, gestohlen, als er dieses auf kurze Zeit vor einem Hause in der Ludwigstraße hingestellt hatte. Das Fahrrad hat nach oben gebogene Lenkstange, gelbe Felgen und jederlosen Sattel.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Erfolgreicher Protest. Auf den Protest des Stadtrats von Schwartau hat die Regierung erwidert, daß die Holzpreise außerst bemessen seien und an eine Herabsetzung nicht zu denken ist. — Die von der Regierung festgesetzten Normalpreise betragen: 50 Mk. für 1 Raummeter Partholz, 80 Mk. für 1 Raummeter Weichholz, 15—20 Mk. für 1 Dausen Laubholzbusch, 15—20 Mk. für 1 Hausen Nadelholzbusch ab Liegeort.

Hamburg. Durch eine verirrte Kugel erschossen. Zwei Hamburger Schulkinder bemerkten, daß in einem Geschäft in der Steinstraße ein Einbruch ausgeführt sein mußte, als ein Mann mit einem ungewöhnlichen Leibesumfang verfuhr, sich aus dem Hause zu schleichen. Der Verdächtige wurde angehalten. Bei seiner Untersuchung fand man Bett- und Tischdecken sowie andere Sachen. Er gab den Einbruch zu und sollte zur Wache geführt werden. Unterwegs riß er jedoch plötzlich los, die Schulkinder gaben mehrere Schüsse aus ihren Dienstrevolvern ab. Der flüchtige Einbrecher konnte jedoch später in einem Kellerloch versteckt ausgefunden und verhaftet werden. Von den abgegebenen Schüssen der Polizeibeamten war jedoch der 35 Jahre alte Wiese durch eine Kugel durch die Brust getroffen, die ihn sofort tötete.

Kiel. Silberdiebstahl. 2 Silberbarren von hohem Werte wurden auf dem Bahnhof beschlagnahmt. Sie sollten von einem Kieler Uhrmacher und einem Arbeiter nach Hamburg verschoben werden. Beide wurden in Haft genommen.

Rendsburg. Sonderbare Krankheit. In Rendsburg im Kreise Ederndörbe leiden viele Menschen, besonders Kinder, an einem bösen Ausschlag, dessen Entstehung man mit der stark grassierenden Maul- und Klauenseuche in Verbindung bringen will.

Schwerin. Wieder Waffenfunde? Die von der Regierung beschlagnahmten Waffen haben ansehnend in ganz Mecklenburg geheime Waffenniederlagen einhergeführt. So konnte ein Revolverföster im Mothentiner Holz 2 Maschinengewehre, 12 Infanteriegewehre und 200 Schuß scharfe Munition auffinden. Waffen und Munition sind von Mitgliedern des Landarbeiterverbandes im Schamerin abgeholt worden. Das ist die friedliche (!) Orgelei! Will die Regierung sich noch keinen eisernen Handschuh anziehen zum rücksichtslosesten Zupacken?

Westmünde. Fischereiarbeiterstreik. Die Fischereiarbeiter und -arbeiterinnen von Bremerhaven und Geestemünde haben beschlossen, in den Streik zu treten, nachdem die Arbeitgeber auf die nächsten Lohnforderungen nicht das genügende Entgegenkommen zeigten.

Neueste Nachrichten.

Schiedspruch in den Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau.

11. Berlin, 20. Oktober. Im Reichsarbeitsministerium tagte am Dienstag unter Leitung des Ministerialrats Dr. Sichter, der zur Regelung der Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuß. Er fällte nachstehenden Schiedspruch, zu dem die Parteien bis zum 30. ds. Mts. Stellung nehmen werden: Die Löhne werden mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 um 2 Mark für jede Schicht für die Arbeiter unter Tag und um 2 1/2 Mks. für die Arbeiter über Tage erhöht. Für die Arbeiter unter 20 Jahren beträgt die Erhöhung die Hälfte dieser Sätze. Verheiratete Arbeiter und alleinige Ernährer ihrer Familie im Sinne des § 8 Absatz 3 des Tarifvertrages erhalten vom 1. Oktober ab ein Hausstandsgeld von je 3 Mark pro Schicht, das nach den Grundflächen der Kinderzimmer behandelt wird. Das Kindergeld wird um eine Mark für je Kind und Schicht erhöht.

Aufdeckung einer großen Zuderuntererschlagung.

11. Mainz, 20. Oktober. Bei der Lebensmittelaufwaßgesellschaft in Groß-Serau wurde ein Zuderfahbetrag von 900 Zentnern festgestellt. Es ist ungewiß, welcher Art die Unregelmäßigkeit ist.

Die bolschewistische Flotte im Kampfe mit den Wrangelschen Seestreitkräften.

11. Wien, 20. Oktober. Dem Neuen Wiener Tageblatt wird aus Riga gemeldet: Den Bolschewisten ist es gelungen, ihre Flotte im Nowojen Meer wieder herzustellen. Nach einer Meldung der Moskauer „Pravda“ ist es kürzlich zu einem Gelechte mit den Wrangelschen Seestreitkräften gekommen. Für den 20. Oktober wird mit dem Eintreffen eines Mittelmeergereschwaders der Entente an der Kremlküste gerechnet.

Die Auslieferungsliste für Bulgarien.

11. Babel, 20. Oktober. Wie aus Sofia gemeldet wird, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in welcher sie die Auslieferung von 507 Militärs und Zivilpersonen verlangt. Die Note enthält u. a. den Namen des ehemaligen Königs Ferdinand und seines Ministerpräsidenten Radoslawo, die sich angeblich heute in Deutschland aufhalten, sowie des ehemaligen Generalkommandos Jolow.

Geheimrat Deutsch über die Zerstörung der Dieselmotore.

11. Zürich, 20. Oktober. Geheimrat Deutsch von der U. C. Berlin erklärte in einer Unterredung dem Berliner Vertreter der Neuen Züricher Zeitung zu dem Verlangen der Entente der Zerstörung der Dieselmotore: Die deutsche Arbeiterschaft werde sich mit aller Macht dagegen wehren. Sollte der Artikel 189 des Versailler Friedensvertrages so ausgelegt werden, daß alles, was in Kriegsschiffen eingebaut werden kann, zerstört werden soll, dann dürfte von morgen an die deutsche Industrie nicht mehr arbeiten, denn es würde tatsächlich kein Gegenstand vom Dieselmotor bis zur Glühlampe, vom Schreibstift bis zum Nachtopf vorhanden sein, der nicht in ein Kriegsschiff eingebaut werden könnte. In den letzten 24 Stunden habe ich viel erlebt, aber komplett wahnsinnig ist die Welt doch noch nicht geworden.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: August Schulz. Druck: J. S. Steinberg. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Offizierwirtschaft in den Versorgungsämtern.

Bei jeder Ernennung eines Sozialdemokraten zum Landrat tobt die rechtsstehende Presse über Futterkrippenwirtschaft, obwohl noch keine 10 Prozent der Landratsposten mit Sozialdemokraten besetzt sind. Demgegenüber wofsen wir hier einmal schildern, was eine wirkliche Futterkrippe ist. Für die Versorgung der Kriegsoffer ist ein umfangreicher Verwaltungsapparat notwendig. Dieser ist fast ausschließlich zu einer Futterkrippe für ehemalige Offiziere gemacht worden. Von einer Demokratisierung der Verwaltung merkt man in den dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Versorgungsämtern nicht das mindeste. Das Organ des „Reichsbundes für Kriegsbeschädigte“ macht hierzu folgende Angaben:

Bis jetzt sind zu Regierungsräten bezw. Oberregierungsräten im Versorgungsamt ernannt: 11 Generalmajore, 20 Obersten, 35 Oberleutnants, 47 Majore, Hauptleute, ein Fregattenkapitän, ein Kapitän, 4 geheime Kriegsräte, 13 Kriegesgerichtsräte. Das sind im ganzen 138 neue Beamte. Nach im Reichsarbeitsministerium selbst eingeholten Informationen sollen im ganzen im Versorgungsamt ungefähr 1000 obere Beamtenstellen zu besetzen sein. Nach den bisherigen Ernennungen ist nicht daran zu zweifeln, daß man im Reichsarbeitsministerium die Absicht hat, weiter nach dem jetzt angewandten Schema zu verfahren. Es dürften dann mindestens 95 Prozent der höheren Beamten aus den Kreisen der ehemaligen Offiziere entnommen sein.

Dem genannten Organ sind demgegenüber bis jetzt nur zwei neuernannte höhere Beamte im Versorgungsamt bekannt geworden, die nicht Offiziere sind. Diese maßlose Einseitigkeit wird dadurch erklärt, daß die Auswahl durch Offizierkommissionen erfolgt, bei deren Zusammensetzung der „Deutsche Offiziersbund“ maßgebend ist. Dabei fehlt es einem großen Teil der Neuernannten sowohl an den nötigen sachlichen Kenntnissen, wie auch an dem persönlichen Takt, um mit den Kriegsoffizieren in der richtigen Weise zu verfahren. Ihre Arbeit könnte viel besser durch weit sachkundigere mittlere und untere Beamte erledigt werden, die aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen sind und schon unter dem alten System die wirkliche Arbeit geleistet haben, während der Offizier nur seine Unterschrift gab. Aber die Ueberflutung der Versorgungsämter mit sachkundigen Offizieren in den bestbezahlten Stellen entspricht wohl dem neuerfundenen „Sparsystem“ des Ministeriums Fehrenbach-Wirth.

Der Fall Augustin.

Ueber die Tätigkeit des Ministerialrats Dr. Augustin geht der „Frankfurter Zeitung“ eine Mitteilung zu, in der diese Stütze der „Fachsminister“ richtig gekennzeichnet wird. Es heißt darin auch, daß dem Minister Hermes die Befehle Augustins bekannt gewesen seien. Und wenn heute eine wirtschaftliche Notlage Augustins vorgeschickt werde, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß Dr. Augustin außer seinem Posten im Ministerium noch die Stellung als Geschäftsführer und Liquidator der „Landgesellschaft Westmark“ bekleidete. Diese Gesellschaft hatte die im Kriege an der südlichen Westfront eingezogenen französischen Landgüter zu verwalten. Die sich ergebenden Einkünfte dürften kaum eine wirtschaftliche Notlage bedingt haben. Die Dr. Augustin nachgerühmte Tüchtigkeit hat er wohl kaum ausnahmslos in allen Fällen bewiesen. Hierbei ist z. B. zu erwähnen, daß er die am 24. Februar d. J. im Düngestoff-Ausschuß angenommene Erhöhung der Stickstoffpreise, die beiläufig ca. 100 Prozent betrug, innerhalb dreier Tage als Verordnung (am 26. Februar) herausbrachte, obwohl er auf die Unmöglichkeit der Innehaltung einer so kurzen Frist hingewiesen worden war. Die Verordnung kam denn auch mit Hilfe des Rassenführers Funke dadurch zustande, daß die

erforderlichen Unterschriften teilweise vorher blanco gegeben wurden. In der Eile erzwangte man bei der Fertigstellung dieser Verordnung auch noch den hierfür nicht zuständigen Unterstaatssekretär Dr. Hirsch, statt des zuständigen Unterstaatssekretärs Dr. Peters, wie die Unterschrift der Verordnung im Reichsgesetzblatt zeigt. In einem anderen Falle ignorierte Dr. Augustin die Beschlüsse des Düngestoff-Ausschusses und einer zugehörigen Kommission, die in langwierigen Sitzungen die Regelung der Handelszuschläge für Düngemittel vorgeschlagen hatte, trotz des Einspruches des zuständigen Referenten, und brachte die erforderliche Verordnung in einer Fassung heraus, die dem Handel erlaubte, einen Handelszuschlag von 3 Prozent in allen Fällen statt nur unter besonderen Voraussetzungen zu erheben. Diese Maßnahme Dr. Augustins verteilte der Landwirtschaft den ohnedies kaum noch erschwüngen Rummel um etwa 1000 Mark für jeden Waggon. Erst am 5. Mai 1920 wurde durch eine neue Verordnung dieser unentschuldbare Fehler rückgängig gemacht. Da die bestunterrichtete Seite im Reichsministerium davon spricht, daß die Summe, die Dr. Augustin von Industriellen als „Geschenk“ angenommen haben soll, nicht Klein ist, so seien an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgende Fragen gerichtet: 1. Wie hoch belaufen sich diese Summen in jedem einzelnen Falle? 2. Welche Industriellen haben diese Summen gegeben? 3. Welche Gegenleistungen, sowohl dienstliche wie außerdienstliche wurden dafür geleistet?

Habsburgs Ende in Ungarn.

Trotz aller Vorarbeit, die Rätebittat und Horthyregiment in Ungarn für eine monarchische Restauration geleistet haben, hat es damit immer noch seine Schwierigkeiten. Vor allem fehlt es an geeigneten Kandidaten. Ein Habsburger soll es unter keinen Umständen wieder sein! Der Bischof Dr. Frankel, der überzeugter Monarchist und ein Geschichtsschreiber von Ruf ist, hat in einem Sendschreiben an die ungarische Nationalversammlung sich auf das allerhöchste gegen die Wiederkehr der Habsburger ausgesprochen. Das Sendschreiben enthält, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ mitteilt, u. a. folgende Sätze:

Es ist ganz gewiß ausgeschlossen, daß der verbliebene Rest der Habsburger oder des Königs Karl jemals zurückgekauft wird und das Prinzip der Legitimität eine anzehende und überzeugende, in den dadurch beabsichtigten Wirkungen aber eine konsolidierende Kraft ausstrahlen kann, wo die unvoreingenommene geschichtliche Kritik einwandfrei feststellen imstande ist, daß in der Politik des Hauses Habsburg, in seinen Familienangelegenheiten, in seinen menschlichen Werten und in der Bilanz seiner Tugenden und Sünden die Garantien, welche zur berechtigten Schicksalsstellung der Völker unbedingt nötig sind, verödet und gesucht werden und nimmermehr gefunden werden können.

Zu dem gleichen vernichtenden Urteil wird eine unvoreingenommene geschichtliche Kritik freilich nicht nur bei den Habsburgern, sondern bei allen Dynastien, die jahrhundertlang geherrscht haben, kommen müssen. Die Konsequenz, die daraus zu ziehen wäre, müßte die Abschaffung der Monarchie überhaupt sein. Aber in Ungarn wollen die Monarchisten ihr Glück durchaus noch einmal mit einem König versuchen. In der Nationalversammlung drängen sie auf baldige Ausschreibung der Königswahl. Darüber kam es am 14. Oktober zu einer erregten Debatte. Kovacs, der Führer der Agrarpartei, erklärte, er und seine Partei sei für die freie Königswahl, und legte hinzu, daß die Legitimisten einen Putzsch veranlassen wollten, um die Nation in eine Zwangslage zu bringen.

Diese Ausführungen riefen eine stürmische Auseinandersetzung zwischen den Legitimisten und den Anhängern der freien Königswahl hervor. Die Legitimisten bestritten die Richtigkeit der Behauptungen Kovacs. Der Ministerpräsident Teleki antwortete ausweichend. Die Königsfrage könne in der Nationalversammlung nur dann zur Sprache gebracht werden, wenn die Bodenreform und die budgetäre Frage erledigt seien. Die Frage sei heute noch nicht spruchreif.

Nach einer Havasmeldung sollen sich die alliierten Regierungen zur Anerkennung der kommenden Monarchie in Ungarn bereit erklärt haben. In der ungarischen Nationalversammlung wurde ein Antrag eingebracht, wonach die Monarchie in Ungarn als Staatsform durch Staatsgrundgesetz festgesetzt werden soll.

„Preisabbau ist möglich“.

Zu diesem von uns kürzlich veröffentlichten Artikel wird von einer hiesigen Großfirma u. a. geschrieben: „Zunächst wage ich zu bezweifeln, daß die Unternehmertreue „erst Abbau der Löhne“ als Forderung erheben, bevor sie ihrerseits an den Abbau der Preise herangehen können. Wenn einzelne vielleicht hierzu eine Ausnahme machen, so kann man der Allgemeinheit des Unternehmertums eine derartige Forderung nicht anhängen, denn ich könnte Ihnen an einer Reihe von Unternehmertumsvereinigungen mit Zahlen belegen, daß der Preisabbau, soweit er irgend im Bereich der Möglichkeit lag, geschah, ohne die Löhne der Arbeiter in den betreffenden Kreisen in Mitleidenschaft zu ziehen. Als maßgebendes Haus des Plazes Lübeck habe ich in unserer Vereinigung nur in den seltensten Ausnahmefällen eine derartige Forderung gehört und in den Fachzeitschriften wird immer wieder von den verschiedensten garteten Wirtschaftsbetrieben eingeschrieben, daß der Arbeiter unmöglich bei den ungemein schwierigen Verhältnissen der Ernährungsfrage veranlaßt werden kann, durch Einschränkung seines Verdienstes am Preisabbau mitzuhelfen.“

Die verschiedenen Zweige des Handels, auf die Sie in Ihrem Artikel näher eingehen, kann ich nicht nachprüfen, sondern habe mir nur den Abschnitt Textilindustrie herausgegriffen, von dem Sie eine Beschreibung geben, die der Wirklichkeit nicht zu entsprechen scheint; auch die Zahlen sind nicht genau. Indem Sie aber den Marktpreis der Wolle von Ende 19 mit 50 bis 60 Mk. gegen den vom März 20 mit 350 Mk. pr. Kg. halten, und doch die Tendenz Ihres Artikels beweisen soll, daß der Unternehmer die Schuld an den hohen Preisen trägt, so darf ich diese Gegenüberstellung als durchaus irreführend bezeichnen, denn dem Unternehmer kann unmöglich die Schuld an dem schlechten Stand der deutschen Mark in die Schuhe geschoben werden, die den Preis der Wolle auf den horrenden Satz im März 1920 gebracht hat. Denn der Preis von 60 Mk. entspricht durchaus dem genannten Preis von 350 Mk. pr. Kg., wenn Sie dem Kurs von 70 aus dem August 1919 den Kurs vom März 1920 mit 339,15 für 1000 gegenüberstellen. Nicht der Unternehmer, sondern unsere ungemein schwierige wirtschaftliche und politische Lage hat den Preis so hoch getrieben und der Unternehmer, der zu diesen Preisen damals gekauft hat, hat nicht, wie Sie anzunehmen gewiß scheinen, einen besonderen Verdienst dabei eingeholt, sondern ich glaube behaupten zu dürfen, daß der Unternehmer, der zu diesen Preisen im März 1920 gekauft hat, ungewöhnlich starke Verluste dafür abzutreiben mußte, weil der Unternehmer, d. h. der Großhändler oder Detailhändler, nach Kräften versuchte, im Interesse des Konsumenten sich von der daraus hergestellten Ware zu befreien. Die ihm verbleibende Ware hat der Fabrikant weit unter dem Herstellungspreis verkaufen müssen und die ungeheure Vorsicht, die er heute übt und die uns volkswirtschaftlich wieder außerordentlich schädigt, weil sie nicht genügende Rohstoffmengen zur Verarbeitung nach Deutschland gelangen läßt, gestattet daher nicht die Füllung der Läger und die Verstärkung der Angebote, die allein zu einem weiteren Abbau mitwirken können.“

Hierzu sei bemerkt, daß wir in unserem Artikel, dessen Kernpunkte dem Bericht des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entnommen sind, nicht behauptet haben, alle Unternehmer forderten „erst den Abbau der Löhne“. Wohl aber wissen wir, daß in weiten Kreisen des Unternehmertums ernstlich diese Forderung mit Nachdruck vertreten wird. Wir brauchen nur an die Vorgänge in Kiel und an den Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe zu erinnern. Ferner hat erst kürzlich ein Arbeitstheoretiker-Spielenverband ein Gesetzmäßigkeitsgesetz an seine Mitglieder verhandelt, worin ihnen der Abbau der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit zur Pflicht gemacht wurde. Daß Handelskreise wie der Einzelhändler den Abbau der Löhne nicht wünschen, ist erklärlich, weil sonst die Kaufkraft der großen Masse ja noch mehr geschwächt würde. Fest steht aber, und das wird in der Zukunft auch nicht bestritten, daß der Arbeitstheoretiker nur einen geringen Bruchteil des Warenpreises darstellt. Weiter steht fest, daß trotz aller Klagen in der Textilindustrie hohe Dividenden verteilt werden. Nach einer heute einetrotzener Meldung verleiht die Weipenthaler Spinnerei und Weberei eine Dividende von 25 Prozent. Einen

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

23. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Demnach besteht für Sie die Dreieinigkeit Gottes nicht? Ich kann nur an den einen Gott glauben! Mit anderen Worten, Sie verwerfen das Christentum, wie es uns von Jesus und seinen heiligen Aposteln überliefert worden ist, mit Paulus und Bogen!

Ich verwerfe keine Dogmen, ich verwerfe alles, was frommer Glaube, Ueberlieferung und kirchenpolitische Klugheit hinzugegeben haben; ich suche seinen Kern zu ergründen; und der wird mir stets heilig sein!

Und worin bestünde dieser Kern? In den wahren Worten Christi und der Hoheit seines Lebens!

Ich will Ihnen den Mut Ihrer Ueberzeugung nicht absprechen, Herr Lehrer, aber in Anbetracht der übrigen Vorurteile, die ich nicht unberücksichtigt lassen darf, will es mir doch scheinen, als streife dieser Mut stark an Hochmut und Dünkel.

Sie halten im Dorfe religiöse Vorlesungen und stiften dadurch Vermirrung und religiöse Zwistigkeiten, fuhr der Schulrat fort. Sie freveln an unserm Volk. Und wenn sich droh die gläubigen Kreise des Dorfes bei uns beschweren und Abhilfe erbitten, so ist das ihr gutes Recht, beweist aber auch andererseits, wie stark Ihr verderblicher Einfluß bereits geworden ist und daß ihm unbedingt ein Hemmschuh angelegt werden muß! Daß die königliche Regierung dem auf die Dauer nicht untätig zusehen konnte und durfte, mußte Ihnen doch Ihr gesunder Verstand längst sagen! Sie haben durch unsere abwartende Haltung ermutigt und trotz reichlicher Mahnungen Ihres Ortschulinspektors und Pfarrers sich mit Kräften bemüht, einen Jesus von Holthausen abzugeben. — Sie sprechen von der hohen, reinen Sittlichkeit Ihres sogenannten Christentums. Aber Ihre reichen und prunkenden Worte sind leeres Geschwätz, denen jeglicher innerer Halt fehlt und das ja auch inzwischen jämmerlich Schiffbruch erlitten hat. Bei der vorhin bekannten Auffassung des Christentums mußte Ihre Moral schuldig und wurmtüchtig werden. Das soll erklären, aber nicht entschuldigen! Denn ich finde keine Verurteilung, die hart genug wäre, Ihren sittlichen Lebenswandel zu verdammen! Sie sollten der Dorfjugend das Beispiel einer sittlich-reinen Lebensführung geben und Sie weisen ihr, wie man sich im Schmutz und Unmoral wälzt!

Der Lehrer hatte anfangs mit hochrotemem Haupt Rede und Antwort gestanden. Und er hatte gern und freudig bekannt,

erst, da der Schulrat von seinem außeramtlichen Leben, von seinem Verhältnis sprach, war es ihm zuweilen, als dürfe er gar nicht schweigen, als müßte er diese Verleumdung seiner Moral richtig stellen und wieder Einheit in das verzerrte Bild bringen, das der Schulrat sich aus verworrenen Linien gezeichnet.

Sie sind kein Jugendbildner, Sie sind ein Jugendverderber! schloß der Schulrat.

Da schwieg der Lehrer, der kommenden Jugend wegen, die er hüten und nicht durch die Rokokos der Gasse zerren lassen wollte. Er beugte seinen Nacken und nahm den Schimpf des Regierungsbeamten Kumm auf sich.

Ihr Schweigen spricht zwar deutlich die Erkenntnis eines Schuldbehauptens aus; aber das entschuldigt und spricht Sie nicht frei! — Wie die Regierung über Sie befinden wird, wird Ihnen in den nächsten Tagen amtlich bekanntgegeben werden; vorläufig spreche ich Ihnen die Befugnis ab, weiter den Religionsunterricht zu erteilen. Sie Herr Kreischulinspektor sind wohl so freundlich, im Verein mit dem hiesigen Ortschulinspektor die Schritte zu einer Vertretung einzuleiten und mir darüber zu berichten.

Er erhob sich, packte seine Papiere in die Mappe und schloß sie.

Ich bedauere, zu einem solch unglücklichen Abschluß meiner Unternehmung gekommen zu sein; denn Ihr pädagogisches Geschick und Ihr unerschütterlicher Fleiß haben die schwersten Verfehlungen und Verwühlungen nicht auf, die Ihre religiösen Anschauungen im Unterricht und Ihrem privaten Leben gereizt haben! —

Der Lehrer verschwiegen seinen Eltern und auch seiner Braut diesen Besuch der Vorgesetzten. Es wären nur Vermutstropfen in den Becher der erwachenden Lebensfreude gewesen, denn das Leben umfalte auch um sie wieder seine feierlichen Banner! Sie hatte die Niederungen überwunden und schritt rüstig bergan. Und auf den Gipfeln, die vor ihr lagen, glomm schon die blühende Höhe eines kommenden schönen und sonnigen Tages. Zwar blieb sie still und in sich gefehrt, eine leise wehe Trauer war über ihre Worte und über ihr Tun gebreitet. Sie schien wie eine Blume, die im Schatten wächst und sich nach der Sonne sehnt.

Ihr Verlobter sah diese stolpfernde Wandlung mit hoher Freude. Er bemühte sich, ihre Seele empfänglich zu machen für die Schönheiten und reichen Güten des Lebens, die rings um sie aufwuchsen, und die der Sommer mit Milde und Tracht ihnen reichlich antrug.

Sie waren zwei stille beständige Menschen, ihr Glück rauschte nicht in vollen Akkorden, es sang keine lauten, jubelnden Lieder, es tollte nicht und scherzte auch nicht; es war ein ruhiges und gemessenes Sichbehaltend in treuer, lieber Kameradschaft. Die Räte hatten ihr Lebensschicksal zueinander angeschlossen; die hatten sie

nun aneinander gekloppt, und jeder sah in dem seinen: doch hielten sie sich fest an den Händen und ließen sich treiben von der Flut des Lebens.

Du liebst wie ein alter Kerl! sagte seine Mutter einmal scherzend zu ihm, und nicht wie ein Bursche von 24 Jahren!

Und es lag ein wenig Wahrheit darin; aber eine Sache und ein schambhaftes Taktgefühl verbot es ihm, laut werden und reifen zu lassen, was sie nicht erwidern konnte. Vom Grabe ihrer toten Liebe aus hatte sie ihm die Hand zu einem neuen Bunde gereicht. Er hatte weder Liebe von ihr gefordert, noch erwartet. Er hat zwar damals gemeint, opern und hüben zu müssen; aber das empfand und mußte er nun wohl, ein Opfer und Buhgang würde seine Ehe nicht werden. Auch er würde empfangen und gewinnen. Aber er durfte und wollte in ihr nicht gewalttätig und zu einem künstlichen Leben werden, was natürlich wachsen mußte. — Ja er durfte nicht einmal zürnen, wenn aus dem zertrümmerten Garter ihrer Liebe überhaupt keine duftigen Blumen mehr emporstiegen. Auch dann mußte er sich beherrsigen; er durfte über den Purpurrausch der Leidenschaft nicht die Rettung ihrer Seele vergessen.

Von dem Ingenieur ward in stiller Uebereinkunft nicht mehr von ihnen gesprochen, und sie beide hörten auch nichts mehr von ihm.

Im Dorf aber und bei der größeren Anzahl der Bauern hatte das Ansehen des Lehrers sehr gelitten. Mehr denn ein Bursch ging steifen Schrittes an ihm vorbei, mit den Händen in der Hosentasche. Und manch einer schaute ihn wohl herausfordernd und voll Schadenfreude an.

Der Lehrer aber tat auch diesen Hohn in sein Bündel.

Der Hochzeitstag brach an. Des Morgens fuhr die beiden mit dem alten Schräder und Lürmann als Trauzeugen in die Stadt zum Standesbeamten. Der Bauer hatte ihnen sein Köchewägelchen zur Verfügung gestellt. Die Sonne lag golden auf den reisenden Feldern, ein leichter Wind wehte die goldene Wolkenfelder; Wohlgerüche schauten mit roten Augen auf sie; die Luft sang ihr Hochzeitslied, und hoch über sie spannte sich leuchtend der ewige Himmel.

Mit einem leisen Beben war das junge Mädchen in den Wagen gestiegen; der Lehrer sah neben ihr und hielt ihre Hand. Sie war schweigsamer und ernster denn je.

Der Tag wußt uns wohl; auch er hat ein sonniges Festgewand angelegt; munterte er sie auf, verächtliche dein Herz nicht, die Freude will einkehren!

Ich habe ein Bangen, gestand sie, das läßt keinen Frohstimm in mir aufkommen; mir ist wieder, ich tue dir ein großes Unrecht, das mir nimmer verzeihen werden kann!

Braun gewählt. Die Kommission hat sofort ihre Arbeit begonnen, die sie der erweiterten Kommission vorlegen wird. Diese wird am 23. und 24. Oktober im Reichstag zusammentreten. Der erweiterten Kommission gehören zunächst folgende Genossen an: Andree-Hannover, Edmund Fischer, Gustav Boas, Professor Großjahn, Gronfeldt-Berlin, Lindemann-Röhl, Wetze-Bremen, Meersfeld-Röhl, Robert Schmidt, Heinrich Schulz, Professor Maentia, Richard Woldt-Münster, Professor Rabbruch-Kiel, Dr. Max Luard-Frankfurt a. M., Döllinger-Hamburg, Paul Hirsch-Berlin, David-Mainz, Wisell-Berlin.

Arbeiterbewegung.

Keine Einheitsfront in der Schweiz. Auf dem Kongress des Schweizerischen Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes hielt der Sekretär des Bundes, Dürz, ein Referat gegen die Schaffung einer Einheitsorganisation durch Verschmelzung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteiverbindungen. Er bezeichnete das vorgeschlagene Baseler Projekt als unannehmbar. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag der Baseler mit 92 gegen 17 Stimmen abgelehnt und durch den Antrag des Bundeskomitees auf Verwerfung einer Einheitsorganisation angenommen.

Reich und Ausland.

Ein Einbrecher in einer Laubengasse erschossen. Das Schöneberg-Friedenauer Laubengasse wurde Dienstag, wie schon mehrmals, in den Morgenstunden von jugendlichen Einbrechern heimlich durchsucht. Durch das von drei Räubern verursachte Geräusch wurde der in seiner Laube übernachtende Besitzer Morgenstater geweckt. Mit einem Revolver bewaffnet trat er den Dieben entgegen und gab, als die Drei Anstalten machten, ihn tödlich anzugreifen, zuerst einen Schreckschuss ab. Mit einem zweiten Schuss traf er einen der Diebe ins Herz. Die andern beiden entflohen unerkannt.

Der Stand der Maul- und Klauenseuche. Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, hat die Maul- und Klauenseuche in erschreckendem Maße zugenommen. Die Zahl der verzeichneten Geheile betrug am 15. Juli 1920 118 728 und steigerte sich bis zum 15. September auf 185 510, so daß also in drei Monaten die Zahl um 66 682, das ist 56 v. H., zugenommen hat. Die Ziffern der großen Seuchenzüge von 1911 und 1915 blieben etwa mit einem Sechstel bzw. einem Zwölftel hinter den diesjährigen zurück. Die Höchstziffer Preußens steht mit 91 387 Geheilen an erster Stelle, wo der Regierungsbezirk Schleswig mit 12 201 Geheilen am schlimmsten verheert ist. Seuchenzentren sind die Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder. In Bayern sind 41 182 Geheile verzeichnet. In Württemberg 16 205, in Hessen 6682, in Oldenburg 6590. Ein Rückgang der Seuche seit dem 31. Juli ist in Baden etwa um die Hälfte, in Hessen etwa um ein Drittel einsetzbar. Auch in Oldenburg und in Braunschweig scheint die Seuche allmählich zurückzugehen.

Erbeben in Lima. Madrider Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Lima, wonach ein Erdbeben die Stadt Santa Lucia zerstört hat. Mehrere hundert Personen sind ums Leben gekommen.

Neue Grippe-Epidemie in Sicht. Die medizinischen Autoritäten Chikagos befürchten, wie aus London berichtet wird, das Wiederauftreten einer Grippe-Epidemie im kommenden Winter. Der Direktor des Sanitätsdienstes rät allen Frauen Chikagos, sich schon jetzt über die besten Mittel zur Bekämpfung und Behandlung der Grippe zu unterrichten. Nach der Ansicht dieses Direktors, Dr. Robertson, kehrt die Grippe periodisch wieder (alle dreißig Jahre) und warte dann vier Jahre hindurch.

Die falschen Berichten der Diba. Als kürzlich gemeldet wurde, daß der großen Kinodiva Pola Negri für eine Million Brillanten und Berlen gebohrt wurden, haben kundige Zehner die Meldung bereits mit einem viellaugenden Lächeln begleitet. Es war berechtigt. Die Brillantendiebe sind gefaßt worden. Sie behaupten, der Diebstahl habe sich sehr schlecht gelohnt, weil die Berlen alle unecht gewesen seien.

Streik der Gasthausbesitzer in Amerika. In vielen Orten der Vereinigten Staaten, wo die Gastwirte sich trotz der sinkenden Lebensmittelpreise weigern, die Preise der Mahlzeiten herabzusetzen, hat ein eigenartiger Streik eingesetzt. Die Besucher der Gasthäuser verlangten, daß man die Preise herabsetze, und als das nicht geschah, verließen sie in geschlossenen Zügen die Gasthäuser, um in den Lebensmittelgeschäften billige Waren einzukaufen, die sie dann in den öffentlichen Anlagen verzehrten. In Boston hat sogar Bürgermeister Peters selbst diesen Streik mitgemacht und im Park vor dem Rathaus seine Mahlzeiten verzehrt.

Gerichtssaal.

„Hut ab vor einem preussischen Oberleutnant.“ Eine Ausschreitung im Palais de Danse führte den Rittergutsbesitzer und Reserveoffizier Waffling unter der Anklage der Beleidigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Im Februar suchte der Weinhändler Waffling mit mehreren Bekannten und deren Gattinnen das „Palais de Danse“ auf. In der Garderobe wurde er ohne jede Veranlassung von Waffling angerepelt. Der Angeklagte rief: „Sämtliche Juden an den Hut abnehmen, ein preussischer Oberleutnant kommt durch!“ Waffling, der gar nicht Jude ist, mußte über dieses sonderbare Benehmen des Angeklagten lächeln. In demselben Augenblick sprang ihm Waffling an die Kehle, würgte ihn und schlug auf ihn ein mit dem Rufe: „Wenn Sie den Hut nicht abnehmen, Sie dreierlei Jude, kommen Sie nicht gesund aus

meinen Händen, ich wüßte Sie toll! Ihr Judenbüchens könnt mit Euren Euren nach Hause gehen!“ Waffling nahm schließlich den Hut ab, aber Waffling ließ nicht von ihm ab, sondern stürzte sich nochmals auf ihn und zerriß ihm den Helm. Nach diesem gemeinen Judenstreich versuchte der tapfere preussische Leutnant zu entfliehen, wurde aber festgehalten. Später war sonderbarerweise die Anklage „verloren“ gegangen. Das Verfahren konnte erst durch den Eingriff eines Rechtsanwalts eingeleitet werden. Vor Gericht machte der Verteidiger geltend, daß der Angeklagte in ständiger Trunkenheit gehandelt habe. Der Amtsanwalt beantragte, da es sich um eine höchst pöbelhafte antisemitische Ausschreitung recht roher Art handele, drei Monate Gefängnis. Das Gericht sah ebenfalls keinen Anlaß vorhanden, dem Angeklagten mildernde Umstände anzubilligen, und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Der Vorkast zeigt wieder einmal deutlich die „Bildung“ und niedrige Gesinnung von Leuten, die sich als Lebensberuf die „Erziehung“ des Volkes einst ausgerufen haben. Ein Glück, daß diese Kaste mit ihrem vorlauten Ton auf dem Sterbebett liegt.

Vermischtes.

Ein wanderndes Land. Die Zeitschrift „Natur und Technik“ weist auf eine merkwürdige Beobachtung hin, die an dem Kontinent von Grönland gemacht worden ist: das Land scheint sich andauernd langsam von Europa zu entfernen. Messungen, die im Jahre 1907 bei der von Nyllus-Erskens geleiteten Danmark-Expedition von N. B. Koch gemacht worden sind, zeigen gegen die gleiche Bestimmung durch die deutsche Expedition von 1870 einen Unterschied von fast drei Minuten in der Länge bei übereinstimmender Breite. Das Land muß sich also in den 37 Jahren um etwa 1200 Meter westwärts verschoben haben. Eine weitere Längenbestimmung Nordgrönlands liegt aus dem Jahre 1823 vor — sie läßt eine Verschiebung von etwa 9 Metern jährlich in der Zeit von 1823 bis 1870 voraussetzen. So liegt die Vermutung nahe, daß Grönland und Skandinavien, deren Abstand voneinander gegenwärtig etwa 1400 Kilometer beträgt, einmal eine zusammenhängende Landmasse gebildet haben. Ihre Trennung muß vor 50 000 bis 100 000 Jahren erfolgt sein.

Eisen aus vulkanischem Sand. Nach einer Taktter Neuerung hat das japanische Kriegsministerium ein Verfahren entdeckt, um aus dem eisenhaltigen vulkanischen Sand Japans Eisen zu gewinnen, so daß Japan künftig keinen Stahl mehr einführen braucht.

Theater und Musik.

Vollständige Konzerte. Am Montagabend fand das 6. vollständige Konzert im Stadttheater statt, natürlich vor ausverkauftem Hause. Das Verlangen nach guter Musik ist in der Bevölkerung nicht geringer, sondern größer geworden, trotz der wirtschaftlichen Misere. Man darf sich darüber freuen, denn gerade in dieser Zeit der Not und des Egoismus kann edle, echte Kunst den Sinn aus dem Grau des Alltags in reinere Sphären erheben, erlösend wirken. Robert Schumanns an melodischen und harmonischen Reizen reiche 1. Symphonie in B-dur füllte den ersten Teil des Programms aus. Unter Kapellmeister Mannkeits anfeuernder und in doppelter Beziehung bewegendem Leitung brachte das Orchester das prächtige Werk sehr abgerundet zur Wiedergabe. Besonders wirkungsvoll kam das Largo und Scherzo zum Vortrag. Die Ouvertüre zur „Verkauften Braut“ von Smetana, eines der hübschesten böhmischen Musikstücke des Russen Glöckle, „Karmarskaf“, zwei zarte und liebliche Melodien für Streichorchester des Norwegers Grieg und des Ungarn Liszt sprühende „Ungarische Rhapsodie“ bildeten weitere Bestandteile der internationalen Vortragsfolge, deren laubere Ausführung den Beifalligen lebhaften Beifall eintrug.

Sehr stark besucht war das Dienstag-Konzert im Gewerkschaftshaus. Hier führte Herr Kapellmeister Martin den Dirigentenstab in der ihm eigenen fast anmutigen Art, ohne überflüssige Körperbewegungen, leicht aber doch bestimmt und lebendig. Das Orchester folgte ihm willig und gern, ob nun leichte Kost von Strauß, Lehár, Linder, Waldteufel oder tiefere Werke von Händel (Largo) oder Wagner („Holländer“-Ouvertüre) geboten wurden. Besonders gefiel die hübsche Traumbilderphantasie von Lumbre, die zur Wiederholung begehrt wurde und Herrn Weichl als Ritterjohst Extrabeifall einbrachte. Die mächtige Ouvertüre-Sonette zum „Brand von Moskau“ von Tschailowsky, ein hier selten gehörtes Musikstück, in dem die Marzellaise aufflammt, gehörte zu den schönsten Gaben des Konzerts.

Am Hanja-Theater hielt am Dienstagabend die „Czardasfalkin“ wieder ihren Einzug. Zu ihrem Empfang hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, das sie sehr sympathisch begrüßte. Nun ist Frau Ludwig-Rorte Solva Varescu. Im Spiel frisch und lebenswürdig, gesanglich vortrefflich, so konnte es dieser Czardasfalkin nicht an Verehrern fehlen. Die Herren Glöckle als Kardinal, Kunze als Bont und Wolff als Herr Watschi sowie Krügel, Duon als Staff trugen nach Kräften zum Erfolge des Abends bei, der sich in reichen Beifallsbezeugungen usw. geltend machte.

Eingegangene Druckschriften.

Ein Starenheim in Bild und Reim. Die Zahl guter, den Durchschnitt überragender Bilder- und Jugendbücher ist nicht allzu groß und in den letzten Jahren hat eine Vervollkommnung kaum stattgefunden. Im Gegenteil, was noch halbwegs ansprechend war, wurde ausverkauft und müßiggelüht Neues der hohen Kosten wegen nicht angefertigt. Es gehört schon ein unternehmungslustiger Verlag dazu, heute mit Neuherausgaben hervorzutreten und den Laden dort wieder anzuknüpfen, wo er vor Jahren sich abgerissen werden mußte. Ein solch erfreuliches Zeichen deutschen Unternehmungsgelbes gibt die Verlagsbuchhandlung Dffenstadt & Zellheimer in Nürnberg mit ihrem Bilderbuch „Ein Starenheim in Bild und Reim“. Allerdings ist

dem Verlag der Entschuldig erleichtert worden: denn wer tüchtige Mitarbeiter besitzt, darf wohl einen hohen Einsatz wagen. Es ist kein Dichter, der die Starenheime in blendende Reime geschmiebelt hat, sondern eine verständige Mutter, die mit Heifer Liebe ihren Kindern Leid und Freud des Starenheimes schilbert. Emmy Landmann hat hier in treuherziger Sprache ein Erstlingswerk geschaffen, das sich vor der Kritik nicht zu fürchten braucht. Und erst der Maler, der die Wagnetten und Bildertafeln besteuert! Kurt Böttcher war hier Naturgemäße, wie sie besser kaum gegeben werden. Als verflämmtinniger Künstler breitet er seinen Reichtum aus und zwar nicht nur für die Kleinen. An den zwölf farbenprächtigsten Landschaften erweist sich der Erzählende nicht minder wie das halbflüchtige Mädel oder der Bube. Das Bilderbuch auf dem Weichnastisch wird im ganzen Familienkreise Frühlingssonne verbreiten und die Freude aller erregen, denn es handelt sich nicht um ein Weichnastischbuch im landläufigen Sinne, sondern um ein Kunstwerkchen. Der Verlag hat dem im Großquadratformat mit feinem Umschlag hergestellten Buch auch sonst eine schöne Ausstattung beigegeben. Der Preis ist nicht vermehrt. So billig, wie wir es gewohnt waren, wird er nicht sein, doch trifft hier das Wort zu, das man bei guten Sachen nicht außer acht lassen soll: Die Teuere ist das Bessere. Die Buchhandlung von Friedrich Meyer & Co., Lübeck, Johannisstraße 46, nimmt Bestellungen entgegen.

Zusammenbruch und Wiederaufbau von Geh.-Nat. Univ.-Prof. Dr. Waentig, Halle a. S. 12 Bl. In diesem Buch gibt der bekannte Hallenser Volkswirtschaftler und Politiker eine fesselnde Deutung unserer Gegenwartserfahrungen. Er geht aus von einer Schilderung der Zustände im Reich nach 1806, dem historischen Spiegelbild der jetzigen Lage Deutschlands, und zeigt dann das Werden der unsere Gegenwart beherrschenden Probleme der Politik und Wirtschaft in den Friedens-, Kriegs- und Revolutionsjahren. Aus dem Inhalt sei hervorzuheben: Der Zusammenbruch, / Der Imperialismus, / Der Militarismus, / Der Bürokratismus, / Der Kapitalismus, / Der Diktatorismus, / Der Nationalismus, / Das Kulturideal, / Die Unversität, / Die Sozialisierung, / Der Volksstaat, / Die Nation, / Der Völkerverbund, / Der Wiederaufbau.

Die Spaltung in der U. S. V. D. Von Franz Kühls. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Genosse Kühls zeigt darin den schon seit langem sich vollziehenden Särungsprozess in der U. S. V. D., schildert den Streit um die Internationale, das Joch der 21 Punkte von Moskau, gibt ein Bild von den Verhandlungen auf der Reichskonferenz der U. S. V. D. und bringt schließlich die Ausführungen Wilhelm Dittmanns „Die Wahrheit über Rußland“ und „Die Ergebnisse der deutschen Arbeiter in Rußland“. Ein Auszug aus den gegenseitigen Beschlüssen der U. S. V. Führer in ihrer Presse ist angefügt. Der Verfasser schließt zum Schluß die alte sozialdemokratische Partei als den ruhenden Pol, die ungehindert aller Anfeindungen nicht von ihren Grundrissen aufgegeben hat, sondern selbstbewußt die Interessen des arbeitenden Volkes weiter vertritt.

Wie verkehre ich mit Post und Eisenbahn? Im Verlage von Charles Coleman, Lübeck, erschien unter dem Titel: „Wie verkehre ich mit Post und Eisenbahn“ ein empfehlenswertes Buch. Die hohen Beförderungsgeldesten lasten schwer auf unserer Volkswirtschaft, die gerade jetzt zu neuem Leben erweckt werden muß. Mehr denn je ist es daher nötig, daß die mannigfachen Verkehrsmöglichkeiten bei der Post und Eisenbahn dem deutschen Publikum namentlich der Geschäftswelt erschlossen werden. Dies Buch ist das Mittel dazu. Es zeigt für jede Art von Sendungen den schnellsten und billigsten Weg. Jeder einzelne Abschnitt gibt für jedermann etwas Neues, aus dem er Nutzen ziehen kann. Wer also keine Verluste erleiden, wer sparen und seine Geschäftskontakte erweitern will, der lege sich dieses Buch zu. Das Werk ist ein immer zuverlässiger Führer in allen Fragen, die das Post- und Eisenbahnwesen betreffen. Zahlreiche Beispiele aus dem Leben sind eingefügt und tragen zur bestmöglichen Verständlichkeit bei. Eine Anzahl von Tafeln zeigt uns in Originalgröße die verschiedenen Postformulare. Auch sonst ist die Ausstattung eine gute. Der Preis beträgt 7,50 Mark. Das Buch ist durch den Verlag Charles Coleman, Lübeck, sowie durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 19. Oktober.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		19. Okt.	18. Okt.
Holland	100 fl.	2180	2182 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	957 1/2	950
Stockholm	100 Kr.	1392 1/2	1385
Kristiania	100 Kr.	980	977 1/2
Beltingfors	100 Ann. Mt.	175	180
Schweden	100 Kr.	1115	1125
Wien (alt)	100 S.	—	—
do. (neu)	100 S.	25	24 1/2
Budapest	100 S.	19	—
Prag	100 S.	84	83 1/2
Spanien	100 Pesetas	1007 1/2	1007 1/2
London	1 £	241 1/2	243
Paris	100 Frs.	459	462
Belgien	100 Frs.	484 1/2	485
Italien	100 Lire	974	282
Russland	100 Rub.	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		70 1/2	70 1/2
do. briefl. Ausz. od. Sched.		70 1/2	70 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Gegler	Schiffsname	Kapitän	Vertunftsport	Fahrtzeit	Lage
Angekommen am 20. Oktober.						
D.	Rhönig	Ederesen	Rolding	1		
D.	Si Im	Rahmussen	Kopenhagen	1		
D.	Friedenbogen	v. Döb	Rolding	2		
D.	Gyrek	Dauiden	Rolding	10		

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck.

Hotel Stadt Hamburg, Lübeck.

Restaur. „Weißer Engel“
Ratzeburger Allee 29: Fernsprecher 8652
Endstation der Straßenbahnlinie 1
empfiehlt großen Saal, Klubzimmer und Doppelkegelbahn. Jeden Freitag und Sonntag: Große Balimusk.

J. H. Pein, Markt 12, Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettled., Herr.-u. Knab.-Oard., Arb.-u. Berufskleid.

F. W. Tietz, Peizerstr. 24, Fernsprecher 848
Brennmaterialien • Transporte aller Art.

Elektrische Artikel aller Art preiswert i. Spezialhaus „ELEKTRA“, Tel. 8280, Königstraße 62.

Friedr. Michael
Gartensamereien, Breite Str. 93, Tel. 2014.

Wolle spinnend und färbt H. BÖSSEL, nur Müxstraße 87.

C. G. Torkuhl, Pflanzstener-12, Wäsche, Ausstener-u. Herrenartikel.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427, Seilerwar., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahrenstraße 68, Oten u. Herde, Buntes Tongeschirr.

Fr. Kempke, Königstr. 128, Tel. 8518, Fahr. Karbid, Wringm.

Alfons Helle
Dankwartstraße 40, Werkstatt i. Holzmalerei und Möbellackierung.

Franz Wendt, Bahnerstr. 35, Tel. 8043
An-u. Verk. sämtl. Kleid., Wäsche, Fußzeug, Bettl.

Frau F. Jacobson, Glockengießstraße 44.

Margarete Rabe, Putzgesch., Mühlenbrücke 2.

Uhren-Henke, Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vortreffl. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., usw. Trauringe. Fachm. Aust. auch schwer. Repar. in eig. Werkst.

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 8, Reiselektüre, Papiergeschält.

Färberei Karstadt & Laurisch
Gerner Straße 46, Telefon 1168. Chemische Reinigung — Teppichkloppwerk. Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 81, Breite Straße 85, 87, Fackenburger Allee 11 und 72.

Handarbeiten mod., geschmackv. und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgesch. Ritz, Fernr. 8883, Ob. Wahrenstr. 1

Br. Drümmer, Fackelnb., Allee 64, Fahrdhdl. u. Rep.-Wkst.

Gustav Pütter, Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meiersstr.

Johannisstr. 14
Pianos
Hausmann
Stimmen Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg. JürB, Marlesgr. 84, Antiquitäten-Haus.

C. Grimm Nachf.
Schlumacherstraße 6, Leder — Schalltepperr. Zubehörsartikel. T. 2029.

Dentist R. Düffer, Breitestraße 44 II.

E. Lathge, Johannisstr. 43 I, Damen-Frisier-Salon.

Färberei Reimers, Fischerggrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause, Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubeca
Tel. 8121, Breitestr. 18.

A. Dückhammer Königstr. 233, Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handl.

J. Wolf, Kohlen-, Holz-, u. Kartoffelhdlg., Dornestr. 19-19a, T. 2226.

Ed. Tessmann, Hundestraße 45, Schirmreparaturen.

F. W. Lichtenstein, Barbier, Gr. Burgstr. 11, Flechten, Haubennetze

Gewinnen! Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau enthaltenen Firmen!

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 6.
Gute Küche von Zivilen Preisen Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstenior — Fernruf 8483. Restaurant
und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle“
Hundestraße 41, empfiehlt
Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen“, Harry
Hansastraße 8, Telephon 8478.

Friedrichshof: Tanz
Mittwochs u. Sonntags

Rest. Everling, Schwart. Allee 69 a
Saal für Hochzeiten
und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und
Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite
Straße u. Beckergrube. Tägl.
Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und
Operetten-Bühne,
Moisinger Allee 18a, Telephon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52.
Nur die neuesten Schlager.
Bevorzugte stadtbekannt Lichtbildbühne.

Metropol-Lichtspiele, am Markt, gegen-
über dem Rathaus. Stets
neueste Schlager.

Stadthallen-Lichtspiele. Größte und
vornehmste Lichtspiel-
bühne Lübecks. Aufführ. 4-7 und 7-10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig
Obertrave 8. Fernspr. 349.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle
für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburger
Allee 59.

Joh. Petersen, Hansastr. 43 a.
Telephon 1761.
en gros = Spezial-Butterhandlung = en detail.

Willi Nehls Nchl. M. Wallat,
Spezialgeschäft
feiner Lebens- u. Genussmittel, liefert beste Ware
zum billigsten Preis = Kupferschmiedestr. 8-8.

Joh. Wieggers, Bauernfohr 26/28.
Kolonialw., Getreide,
Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Stike Nachf., Warendorp-
str. 25, Fernspr. 8524. Vorteil-
hafte Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kar-
tolfein, Feueranz. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl.
en gros - en detail
Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackenb. Allee 19b. Spez-
zialgeschäft für frische u. ge-
räuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Süßfr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fern-
sprecher 1809. Kolonial-
waren, Zigaretten.

Johannes Koch, Fischergroße 90.
Kolonialwaren, Fettwaren.

Rud. Jäde, Beckergrube 70, Tel. 8622.
Spezialgeschäft für Delika-
tessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchl. Henry
Schwebcke
Kolonial- und Fettwaren, Fischergroße 61.

Friedr. Weingärtner, Johannis-
straße 3.
Konfitüren und Konditorwaren.

Otto Hinke, Fünfhausen 1.
Beste Bezugsquelle für
Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Carl Schröder Nachf.,
Inh. A. Gerdis, Große
Burgstraße 7. Kolonial-
waren, Konfitüren,
Delikatessen.

Otto Baake, Filiale Scheere
Inh. Hertha Drögmöller
Hüxstr. 22/24, Tel. 2568
Fleisch, Wurst, Aufschnitt,
Delikatessen u. Fettwaren.

Hans Steffens, Obst-,
Gemü-
se-, Delikat.-Geschäft,
Moisinger Allee 81.

Fischhandlung J. Borg-
wardt,
Kronst. Allee 29, T. 111 9.

M. Petersen, Schokol.-
Zw.-Grüdl.
Al.-F. Beckergr. 72, T. 1625.



Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hüxstraße 32. Rührer-
tische, Delikatessen.
Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter,
Kohlstr. 8, Moisinger Allee 5. Beste
Bezugsqu. für alle Fett-
und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahnstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren
Herm. Voss,
Große Burgstraße 48.

Burg-Drogerie Herm.
Rötger,
Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016
Toiletten-Artikel,
Farben, Tapeten.

W. Weidert, Stempel,
Tür-
schilder, Gravierungen
Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickede-
straße 14,
Beste Bezugsquelle für
Fische u. Delikatessen.

H. Matern, Konfitüren,
Delikatess., u.
Fettwaren. Pfaffen-
straße 7. Fernspr. 8568

Reinz Thonys dänisches
Lebensm.
Mag. Hüxstr. 37, T. 8748.

Aug. Carstens, Dorne-
str. 14a.
Delikatess. u. Fettwaren

Otto Sehlcke, Drogen u.
Kolonial-
waren, Fackenb. All. 70.

Fortuna-Drogerie, Georg. Knoop
Moisinger Allee 6a, Fernruf 2575.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29
Tel. 1941
Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummimartikel.

Rauchwaren usw.

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren,
Zigaretten, Tabake in
bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Th. Schnauer Nchl. Alb.
Lalrenz.
Kolonialw., Tab. u. Zig.
Glockengießerstr. 16 T. 2414

Johs. Beth, Adlerstr. 86.
Vorteilhafte
Einkaufsqu. für Gemüse,
Obst, Kolon.- u. Fettw.

A. Böhrt, Fünfhausen 22.
Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Schultz,
Hansastraße 92.

„Zur Glocke“ Drogenh.,
Alb. West-
phal, Glockengießerstr. 46

Obst - Gemüse
Süßfrüchte
preiswert bei
W. Kock,
Große Burgstr. 18.
Telephon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr.
18, F. 8266
Kaff., Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schul-
straße 11
Drogen, Farben Chemi-
kalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage, Zigarren,
Zigaretten
Tabak. Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen, Tabak,
Zigaretten.
Hüxstr. 88.

Ernst Meyer, Dornestr. 8
Tel. 8495
Putz- und Modewaren

Bankhaus Fritz Kiemstedt, Komm. Ges., Lübeck, Holstenstr. 5, Telefon 988, 8179.
Tel.-Adr.: Nordbank. Reichsbankgironkonto. Eriedigung
sämlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: Timmendorfer Strand, Wolberstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampfäberei, chemische Reinigung,
Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111.
Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 818.
Filialen: Hüxterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorpstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volkshoten.
(Musterfahrpl.)
Lübeck-Hamburg

2-4.	2-3.	2-3.	2-3.	2-4.	2-3.	2-4.	2-4.	2-3.	2-3.	1-3.	2-3.	2-4.
Abfahrt 600 W	—	745	1000	1128	106	352	420	—	720	818 D	—	930
Ankunft 745	—	925	1125	1255	245	535	550	—	900	914	—	1114

Lübeck-Büchen

2-4.	2-4.	1-3.	2-4.	2-4.
Abf. 800* 130** 420D† 590 908††				
Anf. 913 247	622 1020			
* Berlin 140 ** Berlin 854				
† Berlin 910 (über Jarentin)				
†† Berlin 534				

Lübeck-Kleinen

2-4.	2-4.	1-3.	2-4.	2-4.
Abf. 720 805 W* 980D 1210 519 912**				
Anf. 915 913 1028 202 702 1031				
* Nur bis Gredesmühlen.				
** Jung verkehrt bis auf weiteres nicht.				

Lübeck-Segeberg

2-3.	2-3.
Abf. 808 210 740	
Anf. 1002 385 905	
Werktags	
Sonntags	
Abf. 1080 740	
Anf. 1168 925	

Lübeck-Cutin-Kiel

2-4.	2-4.	1-3.	2-4.	2-4.
Abfahrt 717* 945S 1224 142† 157 625				
Ankunft Cutin 814 1041	115 225 325 722			
Kiel 956	311 390 910			
* Von Cutin nach Kiel bis auf weiteres.				
S Verkehrt bis auf weiteres.				
† Ab Berlin 845.				

Lübeck-Travemünde

2-3.	2-3.	2-3.	2-3.
Abfahrt 527 W	815**	204	620
Ankunft Travemünde Stadt	605	900	244 700
Strand	—	—	—
Miendorf	627	988	309

*) fährt nur Sonntags bis Miendorf.
W bedeutet wochentags, D bedeutet D-Zug.

Zigarrenhaus Burgtor
M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049.
Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften
und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 36, Ecke Meier-
straße — Telephon 3581.
Zigaretten — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99
Ecke Warendorpplatz
Bill. Bezugsquelle f. Zigaretten, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25
Schuhwaren, sol. Fabrikate
Maßarbeit = Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren
Fahrraddecken oder -Schläuchen? So geben Sie
dieselben s-hort zur Dampf-Vulkanisieranstalt
Hermann Wildhagen, Lübeck, Becker-
grube 54, Fernruf 8253. Schnellste gewissen-
hafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisier-
verfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Nietz, Bau-
und Installat., Wahn-
straße 42. Hartlötarbeit
und autog. Schweißung.
Fernsprecher 1218.

Jo'l. Voss, Hüxstr. 90.
Grüne Sohlen und Ab-
sätze, sehr dauerhaft,
in einem Tage fertig.

W. Ch. Harz, Schmiede-
straße 21.
Vermietung von Reise-
koffern und -Taschen.
Reparaturwerkstatt.

O. Dortmund, Fahrräder
Näh-
maschinen, Facken-
burger Allee 1a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 37.
Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Schuh-Reparaturwerkst. Kiel
Niederlage: Kanalstr. 26

G. Grundmann, Schlüsselbuden 82.
Tabak-, Zigaretten-,
Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrik-
preisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wieder-
verkäufer. NB Verkauf an Wiederverkäufer nur
in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever
Schwönekenquerstraße 13.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6.
Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh-u. Leder-
handlung, Repa-
raturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr.: 36.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen
und Reparatur-Werkstatt
Königsstraße 51, Telephon 8879.

Gebr. Müter, Mühlenstraße 13.
Fernsprecher Nr. 427.
Beerigungs-institut.

A. Brodersen & Sohn, vorm. Karl
Beerigungs-institut
Obere Aegidienstraße 7
Fernruf 1060. Ueber-
nahme all. Beerigungs-
angelegenheiten.

A. Reinknecht, Marien-
straße 5
Mo.-Schuhreparaturen.

Jul. Schulz, Fahrräder,
Tel. 5564,
Fleischhauerstraße 50.

Oscar Tauchnitz,
Glaserhandlung,
Fleischhauerstraße 35.

Nähmaschinenhaus With. Kruse
Hüxstr. 43.

Vereinsbrauerei Walkmühle,
H. Lück, Telephon 284. Lagerbier, Pilsener,
Porter.

Aktienbierbrauerei.
Lachswehr-Allee 14-20.

**Neuer Bierverlag
Busch & Co.**
Hittl. Mengstr. 80, neben
dem Schabbelhause, Fern-
sprecher 1818, empfehlen
ihre Biere in tadelloser gut
funktionierender Bierfab-
rikautomaten v. 5 u. 10 Liter
inhalt, außerdem Porter
u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen
Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burgstraße 24.
Telephon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann,
Wahnstraße 18 — Telephon 4, 8904 und 8905.
Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufrühr-,
Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co.
Dankwartgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach
dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung
Ab l. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Allstraße 24.
Versicherungen aller Art.
Preußische Lotterie-Einnahme.

Fahnenfabriken usw.

Lübecker Fahnen-Fabrik
Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Nottbohm, Allstraße 7,
Telephon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine
und Hausgesellschaften.

Friseure usw.

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8
Herren-Rasier- und -Friseur-Salon.

Ernst Frahm, König-
straße 33.
Friseur u. Toiletten-Art.

Rich. Ahrens, Friseur,
Beckergrube 91.

R. Grote, Friseur,
Große Burgstraße 15.
Massageri. d. Gr. Burg-
straße. Konkurrenzfrei!

Otto Steinhagen, Da-
men-
friseur, Beckergrube 7.
Herrengarderobe.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 89/41
Telephon 108,
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burg-
straße 82
Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Fradl, Breite Straße 97. Handschuhe,
Krawatten, Herrenartikel.

W. Heise, Königstr. 28
gegenüb. dem
Katharineum
Anfertigung
fein. Herren-
und Damen-
Garderoben.
Gut sortiert.
Stofflager.
Bill. Preise.
Tel. 8576

Meta Schmidt
Lange Reihe 21 a.
Stets Neu, in Damen-
hüten = Aufarbeitung
getragener Hüte.

Franz Müller, Inhaber:
Ad. Finck
Mailesgrube 81/83.
Elegante Herrenmoden
nach Maß.
Streng solide Preise.

Manufaktur usw.

Betten-Duve, Große Burg-
straße 82
Aussteuergeschäft, liefert billigst und tadelloser.
Schwartauer Allee
53/55

Herm. Libnau,
Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brockenstraße 25, Ecke
Warendorpstr. Preis-
werte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

Allgemeines.

MARTENS & LAMPE
Weingroßhandlung
Fischergroße 78

Heinrich Boye,
Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung
empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien.
Lindenstraße 17 a. Telephon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fern-
sprecher 8239.
Prima Preßtorf und Brennholz aus
erster Quelle.
Eigene Torf- und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackenb. Allee 10b
Eisenwaren, Werk-
zeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann, vorm. Frankenthal
& Co., Breite Str. 45
Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Otto Gattermann, Ingenieur,
Bauernfohr 17
Inhaber der Lübecker Metallwarenfabrik.

Herm. Glasau, Moising-
Allee 4 a
Klemp.-Küch.-u. Bel.-Art.

Gebr. Steder, Glas,
Porzellan,
Haus- u. Küchengeräte.